

Holzarbeiter = Zeitung.

Beischrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich.
Abonnementspreis M. 1.— pro Quartal.
zu beziehen durch alle Postanstalten.
Post-Nr.: 3033 a.

Herausgeber: P. Stubbe in Hamburg.
Verantwortlich für die Redaktion: Wilhelm Pfannkuch, Hamburg;
für die Expedition und den Anzeigenteil: Alb. Köhler, Hamburg.
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate f. d. viergespalt. Petitzeile od. deren Raum 30 A.
Bergnügungs-Anzeigen 15 A, Versammlungs-
Anzeigen und Stellenvermittlungen 10 A pro Petitzeile.
Beilagen nach Uebereinkunft.

Die Schwerinstage.

In der Gepflogenheit des preussischen und deutschen Parlaments hat sich der sogenannte Schwerinstag eingebürgert. Es wird darunter der Tag der Woche verstanden, an dem die geschäftsordnungsmäßig aus dem Hause eingebrachten selbstständigen Anträge und Gesetzesentwürfe zur Verhandlung gelangen. Dem Herkommen gemäß ist der Mittwoch als Schwerinstag festgehalten worden. Die Bezeichnung rührt von seinem Urheber, dem früheren Ultraliberalen Abgeordneten und späteren preussischen Minister Schwerin her. Bei der zunehmenden Initiativergreifung der Parteien, gesetzgeberische Anregung zu geben, hatte sich die Nothwendigkeit ergeben, eine Regelung eintreten zu lassen. Mit der Annahme des Antrages Schwerin, jeden Mittwoch den aus dem Hause eingebrachten Initiativanträgen zu widmen, glaubte man die Regelung vollzogen und dem Bedürfnis genügt zu haben.

Die preussische Einrichtung ging auf den deutschen Parlamentarismus über, und ist bis jetzt beibehalten. Es stellt sich aber von Jahr zu Jahr mehr die Unzulänglichkeit der getroffenen Einrichtung heraus. Nur sehr wenige der Initiativanträge finden die legislative Erledigung. Die meisten bleiben in den Vorbereitungsstadien stecken, kommen über die Kommissionsberatung oder die zweite Lesung nicht hinaus. So lange die Mehrheitsparteien nicht Wandel schaffen, muß man annehmen, daß Methode in dem System liegt, unbenutzte Anträge in den Kommissionen zu ersticken. Es macht auf den Außenstehenden den Eindruck, als wenn die Initiativanträge den Werth zweiten Grades hätten und nur so nebenbei behandelt würden, wie es die Zeit erlaubt.

Noch ein weiterer Umstand kommt hinzu, die Erledigung der selbstständigen Anträge zu erschweren. Die Erledigung findet der Reihe der Einbringung nach statt. Nach diesem Verfahren in vorgerückter Session eingebrachte Anträge sind in praktischer Beziehung vollständig zwecklos. Erledigung finden dieselben nicht. Sie haben nur agitatorischen Werth. Sofern die erste Lesung über dieselben noch stattfindet, können die Parteien gezwungen werden, Farbe zu bekennen, wenn sie es nicht vorziehen, sich auszusprechen, was auch schon vorgekommen ist. Freilich, weil es sich um Anträge oppositioneller Natur handelte, ist keine Antwort auch eine Antwort, die das Volk sehr gut zu würdigen versteht. Alle diese Umstände sind nicht geeignet, die Würde des Reichstages zu heben und der Regierung sonderlichen Respekt vor der eigenen Leistungsfähigkeit des Reichstages einzufößen. Man braucht sich nicht zu wundern, daß die Initiativanträge meist vor fast leeren Bundesrathskammern verhandelt werden, wenn bei derartigen Verhandlungen der Reichstag selber eine gähnende Leere zeigt. Wer die von uns gegebene Schilderung der Einrichtung und Wesenheit des Schwerinstages in Betracht zieht, dem muß der förmliche Weirath, der sich bei der diesmaligen Eröffnung des Reichstages gleich am ersten Tage bei Einbringung von Initiativanträgen geltend machte, in einem eigenthümlichen Lichte erscheinen.

So ist das Centrum gleich mit einem Massenangebot von Anträgen aufmarschirt, so daß nach der Geschäftsordnung des Reichstages dieser allein auf ein paar Monate hinaus mit Arbeiten für die Schwerinstage versorgt wäre. Muß man da nicht die Absicht merken, daß neben dem von sich reden machen, dem Glänzen mit der Handwerker- und Arbeiterfreundlichkeit, der Nebenwed verfolgt wird, Anders an der Ver-

folgung der von denselben zu wahren Interessen zu hindern? Die Annahme liegt doch sehr nahe. Und da das taktische Verhalten des Centrum wohl in erster Linie darauf abzielt, die Aktion der Sozialdemokratie zu kreuzen, so kann man behaupten, die vermeintliche Arbeiterfreundlichkeit des Centrum hat einen starken jesuitischen Beigeschmack.

Den Reigen eröffnet der Antrag auf Aufhebung des Jesuitengesetzes, so daß die steuerpolitischen Debatten zur Abwechslung von kulturkämpferischen Intermezzen unterbrochen werden. Will die Regierung ihre Steuergesetze an den parlamentarischen Klippen vorbeibugeln, so wird sie dem ultramontanen Erstlingsantrag eine freundliche Unterstützung leihen müssen. Um den zünftlerischen Handwerkern zu beweisen, daß dem Centrum auch der Popf im Nacken hängt, und deshalb die Gründung einer eigenen Poppartei überflüssiger Sport ist, begegnen wir all den alten, lieben und trauten Bekannten wieder, als da sind die Anträge auf Einführung des Befähigungsnachweises, die Beschränkung des Hausirhandels, die Beschränkung des Betriebes der Konsumvereine, Verbot des Verkaufs an Nichtmitglieder und Unterstellung unter die Konzessionspflicht bei dem Betrieb des Kleinhandels mit Spirituosen. Sag Liebchen, was willst Du noch mehr. Der Jagd nach der allgemeinen Volkspopularität soll mit dem Antrag auf Abänderung des Wahlgesetzes Rechnung getragen werden.

Sicherung des Wahlgeheimnisses durch amtlich gestempelte Umschläge und Ausdehnung der Wahlhandlung bis 7 Uhr Abends. Selbstredend werden die von anderen Parteien die gleiche Materie betreffenden Anträge mit den ultramontanen Anträgen gemeinschaftlich beraten, so daß die etwaige Absicht, andere Parteien der selbstthätigen Initiative zu berauben, nur unvollkommen erreicht wird.

Wie es den Anschein gewinnt, hat die vorjährige Beschwerde der Konservativen gegenüber den Ultramontanen von der Kreditabgrabung bei den Zünftlern insoweit geschrumpft, als den Konservativen der Angriff auf die Wandlerlager, Waarenauktionen und Abzahlungsgeschäfte überlassen wurde. Sedenfalls auch darum, weil diese Gebiete größeren Spielraum zur Bekundung antijemittischer Gesinnung abgeben.

Von den Anträgen, die vermeintlicher Weise der Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse dienen sollen, hat der größere Theil derselben nur den Werth platonischer Liebeserklärungen. Der Effekt derselben steht in weiter Ferne. So liegt nicht etwa ein direkter Antrag vor, der auf eine Vertretung der Arbeiterklasse in wirtschaftlicher Beziehung abzielt, sondern die Reichsregierung wird aufgefordert, thunlichst bald einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um den Arbeitern, entsprechend den kaiserlichen Erlassen, eine geordnete Vertretung zum freien und friedlichen Ausdruck ihrer Wünsche und Beschwerden zu ermöglichen und auch den Staatsbehörden Gelegenheit zu geben, sich über die Verhältnisse der Arbeiter fortlaufend zu unterrichten und mit ihnen Fühlung zu behalten. Thunlichst bald und sofort sind bekanntlich Begriffe, worüber in der Auffassung der Regierung und der Arbeiterklasse eine weit auseinandergehende Meinungsverschiedenheit stets vorhanden war.

Die kaiserlichen Erlasse erschienen am 4. Februar 1890. Bisher hat die Reichsregierung keine Zeit gefunden, die kaiserliche Verheißung einzulösen; ob die ultramontane Mahnung sie dazu veranlassen wird, bleibt abzuwarten. Warum arbeitet das Centrum nicht selbst einen Gesetzesentwurf aus, wie es sich die Arbeitervertretung — Arbeitskammern oder Arbeiter-

kammern? — denkt? Wir wollen den Grund ver-rathen. Das Centrum kann sich den Schein der Arbeiterfreundlichkeit nur bewahren, wenn es negative Arbeiterpolitik betreibt; bei der positiven Thätigkeit verblaßt die Arbeiterfreundlichkeit zur schattenhaften Wesenlosigkeit.

Die anderweiten Anträge verlangen Erhebungen darüber: 1. Wie die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen in wirtschaftlicher, gesundheitlicher und sittlicher Beziehung gewirkt. 2. Welche Erfahrungen man im Besonderen bezüglich des Verhältnisses zwischen Arbeitszeit und Arbeitsleistung gemacht. 3. Inwieweit die Beschränkung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen auf die der Arbeiter zurückgewirkt habe. 4. Inwieweit nach den gemachten Erfahrungen die allgemeine oder besondere gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit auch für erwachsene Arbeiter nothwendig erscheint und welche Beschränkung. 5. Wie die Beschäftigung der verheiratheten Arbeiterinnen auf Gesundheit und Familienleben einwirkt. Inwieweit die Vorschrift der Gewährung einer anderthalbstündigen Mittagspause für Arbeiterinnen, welche ihr Hauswesen zu besorgen haben, denen thatächlich zu Gute kommt und welche weitere gesetzliche Beschränkungen bezüglich der Beschäftigung verheiratheter Frauen möglich und nothwendig erscheinen.

Warum das Centrum nur bei diesem Antrag sein sonst so vorwiegend gebrauchtes thunlichst bald fehlen läßt? Welchen Werth die geforderten Erhebungen haben, wenn sie überhaupt jemals gemacht werden sollten, ist aus dem Urtheil des badischen Fabrikinspektors, Herrn Dr. Wörrishofer, über die letzte der angeregten Fragen ersichtlich. Herr Dr. Wörrishofer drückt in dem zu Anfang d. S. herausgegebenen Bericht seine Verwunderung über die Wahrnehmung aus, daß auch nicht eine der verheiratheten Arbeiterinnen von dem ihnen gesetzlich zustehenden Recht der 1 1/2 stündigen Mittagspause Gebrauch mache. Bei der Nachforschung des ursächlichen Grundes dieser Erscheinung hat dann Herr Dr. Wörrishofer gefunden, daß es lediglich die Furcht vor der Entlassung ist, welche die Arbeiterinnen abhält, ein gesetzliches Recht auszuüben. Gewiß eine nette Illustration der vielgerühmten Freiheit. Brutaler kann mit der Hungerpeitsche nicht herumgefuchelt werden.

Daß die Berathung der gekennzeichneten Erhebungen auf längere Zeit das Arbeitspensum der Schwerinstage des Reichstages bilden soll, liegt gewiß nicht im Interesse der Arbeiterklasse. Die Zeit könnte nützlicher verwandt werden. Auf die gestellten Fragen verwendet man keine Zeit mit ausgedehnten Berathungen, die sind reif, dekretirt zu werden. Die Spiegelschere des Centrum wird nachgerade auch seinen geduldigen Schäflein langweilig. Und dabei schmeicheln sich die guten Leute, der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln nehmen zu können. Dazu reicht ihre Schwerinstagepolitik nicht aus.

Vereinheitlichung und Ausbau der Arbeitervertretung.

Die bürgerliche Presse glaubte immer einen besonderen Trampf auszuspielen, wenn sie die dreiste Behauptung aufstellte, die Sozialdemokraten seien Ideologen, Utopisten, denen jedes praktische Verständniß mangle, und darum zu systematischer, organisatorischer Arbeit untüchtig seien. Und die so sprachen und noch sprechen, müssen noch als die amüßigen Organe bezeichnet werden. Es sind ihrer nicht viel. Die Mehrzahl, unfähig, dem ökonomischen Entwicklungsprozeß

zu folgen, oder unehrlich genug, in Rücksicht auf den Brotkorb, gewonnene bessere Erkenntnis zu unterdrücken, glaubt ihren Brotgebern damit am besten zu dienen, vor wie nach von den auf den Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzielenden Bestrebungen der Sozialdemokratie zu faheln, wogegen dann selbstverständlich als letztes Bekämpfungsmittel die schießende Platte und der hauernde Säbel angesehen wurde.

Um den Umsturzbestrebungen der Sozialdemokratie mit positiven Maßregeln zu begegnen und entgegenzuarbeiten, wurde die Versicherungsgeetzgebung in Angriff genommen. Gleich nach der Verathung des Krankenversicherungsgesetzes, bei der die Absicht der Bevormundung der Arbeiter deutlich zum Vorschein kam, und infolge der Möglichkeit der eigenen Initiative trat die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags mit einem Organisationsplan hervor, der in einheitlicher Weise die Frage des Arbeiterschutzes, unter Wahrung des Mitwirkungsrechtes der Arbeiter, zu regeln versuchte. Insbesondere wurde angestrebt, daß die Beaufsichtigung des Arbeiterschutzes und die aus dem Arbeitsverhältnis resultierenden und damit zusammenhängenden Streitfragen den zu errichtenden Arbeitsämtern und den davon ressortirenden Arbeitsräthen unterstehen sollten. Als Grundlage derselben waren die Arbeitskammern gedacht und als Zentralorgan das Reichsarbeitsamt. Andernweitig sollte den Arbeitskammern das Recht zustehen, über alle öffentlich-rechtlichen, insbesondere volkswirtschaftlichen Fragen Gutachten abzugeben.

In hellen Flammen loberte damals der Born bei allen bürgerlichen Parteien auf. Man scheute sich nicht, auch den Arbeiterschutzesentwurf utopistisch, unausführbar zu nennen, und man gab sich redlich Mühe, mit den elendesten Klopffechtersluchchen einander zu überbieten in der Beweisführung, wie unpraktisch, ja unfähige Leute die Sozialdemokraten seien. Die Partei, die so gern sich die arbeiterfreundlichste nennt, die ultramontane, war in diesem Wettlauf stets voran. Scheute sich doch einer ihrer Parlamentarier nicht, der Sozialdemokratie zu unterstellen, sie trete nur darum für die einheitliche organische Organisation in der vorgeschlagenen Form ein, um in den Arbeitsräthen Futterstellen für sozialdemokratische Agitatoren zu schaffen. Ein konservativer Abgeordneter sprach den Arbeitern die Fähigkeit und die Kenntnisse ab, in den für die Beaufsichtigung der Arbeitskammern in Betracht kommenden Fragen ein sachmännisches Urtheil abzugeben. Begründet wurde die Behauptung mit einer zweiten durch nichts bewiesenen Behauptung, die Arbeiter weigerten sich, die ihnen nach dem Krankenversicherungsgesetz obliegenden Pflichten zu übernehmen, und da, wo übernommen, würden sie nur mangelhaft ausgeführt. Es war ein Leichtes, dem betreffenden Herrn klar zu machen, daß in den Betriebsstätten, auf die exemplifiziert wurde, trotzdem die Generalversammlung und der Vorstand zu zwei Dritteln aus Arbeitern besteht, diese, im Hinblick auf die Gefahr der Entlassung, tanzen wie der Betriebsleiter pfeift.

Warum nun damals die fanatische Bornesäußerung? Wären die Behauptungen begründet gewesen, so hätte man die verhassten Arbeiter doch nicht besser klammern können, als man sie ihre Unfähigkeit hätte erweisen lassen. Unter allen Umständen sollte die Schaffung der Grundlage verhindert werden, auf der ein einheitlicher Aufbau der Arbeiterschutzesgeetzgebung möglich, ausführbar war in Verbindung mit einer billigen Verwaltung und prompten Funktionierung. Indem man die einheitliche Materie zerriß und zerstückelte, konnte man nach Herzenslust ganz wie es das Unternehmerinteresse erforderte, jede einzelne Abtheilung gestalten, hier die Arbeiter bei der Theilnahme der Verwaltung mitwirken lassen, dort wieder ausschließen. Thatsächlich fürchtete man die in der Arbeiterklasse vorhandenen Kräfte, die bei richtiger Entfaltung manchem in der Bureaukratie als seine Gezeiten eine Raß zu machen ausgehen hätten. Bei der Ueberwachung des Arbeiterschutzes, Ausführung der Unfallversicherungsvorschriften und der Bestimmungen der Gewerbeordnung entledigte man sich der Mitwirkung der Arbeiter, wo sie doch am meisten und das Beste hätten leisten können. Bei der Entscheidung über die Streitfälle aus dem Arbeitsvertrag zog man sie heran. Das war für die Bourgeoisie ungefährlich. Materielle Opfer aus dem Arbeitsvertrag bringt die Bourgeoisie schon, wenn ihr Machtgeißel dabei Verletzung gefunden hat. Die größeren Ungelegenheiten bei der Erpressung der Gewerbeämter erwachten den Kleinrentnern, und die konnte man schon preisgeben.

Bei der Brandversicherungsgeetzgebung gestattete man gütigerweise ein Beitragszuschußrecht der Arbeiter von 2 zu 1 der Arbeitgeber. Daß diese Bestimmung bei den Betriebsstätten belanglos ist, haben wir oben schon der-

gethan. Die in eigener Verwaltung der Arbeiter stehenden freien eingeschriebenen Hülfskassen haben sich niemals einer liebenswürdigen Behandlung zu erfreuen gehabt. Es bleibt das bischen Selbstständigkeit, das sich die Arbeiter mit ihrem Einfluß in den Ortskassen zu sichern suchen, doch ist es hiermit auch sehr fragwürdig bestellt, indem jeder Arbeitswechsel, beziehungsweise Entlassung, korrigierend eingreifen kann.

Gegen das eigene Fleisch gewüthet hat die Bourgeoisie bei dem Unfallversicherungsgesetz. In den beiden Instanzen, — Schiedsgericht und Reichsversicherungsamt — steht den Arbeitern eine Mitwirkung zu, bei dem Feststellungsbescheid nicht. Da verfügt das Unternehmertum souverän, woraus die zahlreichen Prozesse entspringen müssen, deren Kosten nicht unerhebliche sind. Stände den Arbeitern bei der Festlegung der Rente eine Mitwirkung zu, Schiedsgerichte und Reichsversicherungsamt würden von der Hälfte ihrer Arbeit entlastet.

Die Organisation der Alters- und Invalidenversicherungsanstalten hat nun wieder eine andere Grundlage. Sie sind staatliche Institute. Die Arbeiter haben nur eine Mitwirkung bei der Bestellung des Ausschusses, der wiederum die Schiedsrichter zu wählen hat. Drei Versicherungsgesetze und drei verschiedene Organisationen derselben, eine Buntschmedigkeit, unter der die Arbeiter am meisten zu leiden haben. Bei einem solchen Zustand ist gernicht daran zu denken, daß der Ausbau der Versicherungsgesetzgebung könnte Fortschritte machen. So steht die Wittwen- und Waisenversicherung noch in weiter Ferne, obgleich nach dem Abgang Bismarcks dieser Zweig der Versicherung als in Angriff zu nehmen in nahe Aussicht gestellt war. Von der Versicherung gegen Arbeitslosigkeit wollen wir gänzlich schweigen, obgleich sie die dringlichste wäre. Die Mängel und Fehler der Versicherungsgesetzgebung sind so offenkundig, daß ihre Wäter sie selbst eingestehen. Man möchte auch reformiren, aber nicht im arbeiterfreundlichen Sinne. Die Unternehmer wollen nicht allein nicht tiefer in die Taschen greifen, sondern sie möchten sich ihrer Pflichten entledigen.

Eine Gesellschaft, die im Reich die Haupteinnahmen aus den Zöllen und Verbrauchssteuern zieht, wird sich freiwillig niemals dazu verstehen, größere Lasten aus der Versicherungspflicht zu übernehmen, und solange dies nicht geschieht, kann eine einheitliche Organisation nicht geschaffen werden. Die Fundirung, der Geldpunkt, ist das Hinderniß, woran die grundlegende Reform scheitert.

Die Sozialdemokraten — die unpraktischen Leute, wissen, wie immer, so auch in diesem Falle Rath. Eine progressive Einkommensteuer, aus der alle Bedürfnisse des Reiches Deckung finden, würde über alle Verlegenheiten hinweghelfen. Zum Mindesten müßte eine Reichsversicherungssteuer gefordert werden. So weit wir von derselben entfernt sind, so groß ist auch die Klust, die uns von einer einheitlichen, organischen Regelung des Versicherungswesens trennt. Und solange diese nicht herbeigeführt ist, kann an eine Ausdehnung derselben nicht gedacht werden.

Es ist ein soziales Unrecht, welches an dem Arbeiter begangen wird, wenn er zu den Beiträgen der Versicherung gegen Krankheit, Alter und Invalidität herangezogen wird. Er muß, um leben zu können, Alles opfern. Er reißt, frühzeitig durch Noth und Entbehrungen gezwungen, seine Kräfte und damit seine Gesundheit auf. Er riskirt in vielen Betrieben täglich seine geraden Knochen und das Leben, Alles für einen lärglichen Lohn, von dem er dann auch noch die Beiträge zahlen muß, um ein Anrecht auf Unterstützung in den Tagen der Erwerbsunfähigkeit zu besitzen. Ebenso halten wir auch die einseitige Heranziehung der direkten Unternehmer zu den Kosten der Versicherung für ein soziales Unrecht. Jede Zinszahlung, gleichviel welcher Natur, es sei denn, sie würde von Schwindlern aus dem Kapitalstock geleistet, ist nur möglich durch die Erzeugung neuer Werthe. Jede Zinszahlung ist ein Theil des „Reinwerthes“ des dem Arbeiter vorenthaltenen Arbeitsentzuges. Die Aneignung des „Reinwerthes“ seitens der Besitzer der Arbeitsmittel ist die Ursache der vielen Jährlichkeiten des Proletariatslebens. Deshalb entspricht es nicht nur der Billigkeit, sondern dem einfachen, natürlichen Recht, daß Alle, die sich von den Groschen der Arbeiter nähren, die Kosten für deren geschädigte Gesundheit und Erwerbsunfähigkeit zu tragen haben.

Nach dem Ausgeführten steht das Eine fest, an einem Ausbau, bezw. Weiterführung des Versicherungswesens, ist ohne Schaffung einer einheitlichen finanziellen Grundlage nicht zu denken. Wer die letztere zu schaffen ablehnt, dem sollten die Arbeiter den Laupfah geben, und wenn er himmelhoch seine Arbeiterfreundlichkeit behauptet.

Sozialpolitische Rundschau.

Die sozialdemokratische Fraktion hat in ihrer ersten Sitzung eine Reihe von Beschlüssen gefaßt, die für die Partei-genossen von Wichtigkeit sind.

Nachdem man Mitglieder für die verschiedenen Fachkommissionen und die Redner für die Handelsvertrags- und die Etatdebatten bestimmt hatte — wir haben darüber schon kürzlich berichtet —, beschloß die Fraktion eine Reihe von Anträgen einzubringen. Man kam überein, gemäß dem Beschluß des Kölner Parteitages einen Gesetzentwurf einzubringen, der verlangt, daß in jedem deutschen Bundesstaate eine Volksvertretung besteht, die nach den Grundzügen des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts von allen über 20 Jahre alten Staatsangehörigen ohne Unterschied des Geschlechts gewählt ist. Ein zweiter Gesetzentwurf — ebenfalls im Sinne der Kölner Parteitags-Beschlüsse gefaßt — soll die Freiheit des Vereins- und Versammlungswesens und die Aufhebung aller Koalitionsverbote ausprechen. Ein dritter Gesetzentwurf soll die Aufhebung des Diktaturparagraphen, die Einführung des deutschen Pressegesetzes und der Gewerbe-Ordnung in Elsaß-Lothringen, mit Aufhebung der diesen Gesetzen entgegenstehenden landesgesetzlichen Bestimmungen und Verordnungen verlangen. Viertens soll ein Antrag eingebracht werden, der die gesetzliche Eintheilung der Reichstags-Wahlkreise fordert. Fünftens will man eine Interpellation über die gesetzliche Regelung des Strafvollzugs an den Reichskanzler richten.

Es wurden mehrere Kommissionen gewählt, welche die Gesetzentwürfe und Anträge auszuarbeiten und der Fraktion in ihrer nächsten Sitzung zur Beschlußfassung vorzulegen haben. Der Fraktionsvorstand wurde durch Affirmation in seiner alten Zusammensetzung (Rebel, Meister, Singer) bestätigt.

Das Verlangen der Einführung des allgemeinen gleichen direkten und geheimen Wahlrechts stützt sich auf Artikel 4 der deutschen Verfassung. Derselbe bestimmt: Der Beaufsichtigung des Reichs und der Gesetzgebung desselben unterliegen die nachstehenden Angelegenheiten: Die Bestimmungen über Freizügigkeit, Heimaths- und Niederlassungsverhältnisse, Staatsbürgerrecht und dergleichen mehr. Daß auch das Staatsbürgerrecht der Einzelstaaten dem Reiche unterstellt wurde, ist erst auf Antrag aus dem Reichstage und zwar von konservativer Seite geschehen. Auf Grund dieser Bestimmungen ist schon früher ein Antrag auf Einführung einer Volksvertretung in Mecklenburg gestellt und vom Reichstag mit zunehmender Majorität auch angenommen, fand aber bei dem Bundesrath keine Gegenliebe. Das damalige Verhalten des Bundesraths muß jetzt um so mehr Ansporn sein, die Agitation für die Einführung des allgemeinen Stimmrechts aufzunehmen und rastlos zu betreiben. Das allgemeine Stimmrecht als Grundlage des Ellenbogenraums für die politische und die Koalitionsfreiheit für die gewerkschaftliche Bewegung muß das nächste Ziel sein, das zu erreichen die Arbeiterbewegung alle Kräfte anspannen muß.

Sonstige Anträge. Der Antrag des Zentrums, betreffend das Alters- und Invaliditäts- und das Unfallversicherungsgesetz liegt jetzt im Wortlaut vor und lautet:

1. Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, mit Rücksicht auf die allenthalben in den beteiligten Kreisen bestehenden schweren Klagen über das Gesetz, betreffend die Invaliditäts- und Altersversicherung vom 22. Juni 1889, Erhebungen zu veranstalten, inwiefern eine Abänderung dieses Gesetzes, insbesondere in Bezug auf Ausdehnung und Organisation der Versicherung, erforderlich erscheint und auf Grund dieser Erhebungen thunlichst bald dem Reichstage einen bezüglichen Gesetzentwurf vorzulegen. 2. Der Erwartung Ausdruck zu geben, daß die seitens der verbündeten Regierungen in Aussicht gestellte Novelle zu dem Unfallversicherungsgesetze möglichst noch in dieser Session dem Reichstage zugehe.

Aus dem „thunlichst und möglichst“ kommt das Zentrum niemals heraus. Alles unbestimmt. Nichts verlangend. Nirgends der Stempel einer kraftvollen Initiative. Alles schwandend und wadlig. Und das glaubt man noch an die Unerklichkeit des Zentrumschurmes? Wahrlich, dazu gehört ein — Köhlerglaube!

Genosse Buch, Abgeordneter für Mühlhausen i. G., erschien zur Ueberraschung seiner Fraktionskollegen im Reichstag, den man zur Verbüßung einer einmonatlichen Gefängnisstrafe — zu der neuerdings noch drei neue Monate hinzukamen — „fern von Madrid“ wählte. Die Staatsanwaltschaft zu Mühlhausen hat auf Antrag Buebs denselben einen Aufschub der Strafbuß bewilligt zwecks Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen. „Das ist der erste derartige Fall in unserem Hause.“

Die nationalliberale Presse ist schier außer sich über dies Vorkommniß. Entgegen den parlamentarischen Formen anderer Länder, in denen durch die Tagung des gesetzgebenden Körpers die Strafverbüßung eines Mitgliedes sofort aufgehoben wird, war man in Deutschland seitler irroh, durch den Strafvolzug lästige Oppositionsmänner unter Umständen von den Verhandlungen fernhalten zu können. Daß ein Staatsanwalt von der seitherigen Praxis abgewichen ist, bringt die Nationalliberalen aus dem Häuschen. Der Abgeordnete Rehger, der sich mit der Stellungsorte in der Tasche zum Strafantritt meldete, wurde abgewiesen, da die Gefängnisverwaltung eine Anweisung zur Ausnahme Rehger's noch nicht besaß.

Wahlstiege. Bei den am 20. November stattgefundenen Gemeindevahlen in Zürich stieg die sozialdemokratische Fraktion die Liste mit über 30 Prozent Majorität über den Wilschmash. Letzterer brachte es auf nur 1400 Stimmen, während die erstere Liste 2100 Stimmen auf sich vereinigte. — Bei der an dem gleichen Tage in Charlottenburg stattgefundenen Stadtverordnetenwahl wurden zwei sozialdemokratische Kandidaten gewählt, während ein dritter zur Stichwahl kam.

Nach Bremerhaven soll demnächst ein Gewerbegericht erhalten; die Wahlen hierzu sind auf den 6. Dezember anberaumt und sind die dortigen Genossen bereits sehr rührig, um die Reihiger aus ihren Reihen hervorgehen zu lassen.

Nach dem Entscheid des Reichs-Versicherungsamtes ist ein Unfall, der sich auf dem Wege von der Werkstätte bis zu einem anderen Arbeitsplatz (Bauplatz u.) oder dort zurück ereignet, als Betriebsunfall anzusehen und unterliegt der Versicherungspflicht der Berufsgenossenschaften. — Ein Baumkumpner hatte sich mit Kumpnerwaaren (Ofenröhren, Dachrinnen u. dergl.) unter Benutzung eines Fuhrwerks von seinem

Wohnorte aus in benachbarte Ortschaften begeben. Nachdem er die Flaschnereivaren dort abgeliefert und an den Gebäuden, für welche sie bestimmt waren, angebracht hatte, trat er mit demselben Fuhrwerk den Heimweg an; dabei führte er wiederum den Ofenrohr mit sich, um sie zu Hause auszubessern. Unterwegs ging das Pferd durch; er sprang vom Wagen und erlitt einen Beinbruch. Der Vorstand der beteiligten Baugewerks-Vereinsgenossenschaft und das Schiedsgericht haben den von dem Verletzten wegen der Folgen dieses Unfalls erhobenen Entschädigungsanspruch mit der Begründung abgewiesen, daß ein Betriebsunfall nicht vorliege, weil der Unfall sich auf dem Heimwege von der Betriebsstätte ereignet habe. Entgegen dieser Auffassung hat das Reichs-Versicherungsamt durch Rekursentscheidung vom 5. Dezember 1892 die Berufsgenossenschaft verurteilt, den Verletzten für die Folgen des erlittenen Unfalls zu entschädigen. Bei der Entscheidung wurde davon ausgegangen, daß es sich im vorliegenden Falle nicht um den Weg handelt, den der Arbeiter zurückzulegen pflegt, um vom Arbeitsplatz nach seiner Behausung zu gelangen. Derartige Wege dienen an sich dem privatwirtschaftlichen Interesse des Arbeiters. Anders liegt die Sache dagegen bei Gewerbetreibenden der durch den Kläger vertretenen Art. Das Bauflächner-Gandwerk gestattet nicht, daß die Arbeitsstätte, deren Herstellung es bezweckt, zugleich an dem Orte angefertigt werden, wo sie zur Verwendung gelangen sollen. Es kommen in Betracht meistens Dachrinnen, Ofenrohre und dergleichen, die der Flaschnermeister in seiner häuslichen Werkstatt anfertigt, um sie dann zur Baustelle zu schaffen und dort anzubringen. Die Wege von der Werkstatt zum Bauplatz gehören deshalb, ebenso wie die Wege, welche ein Monteur behufs Aufstellung der in der Fabrik hergestellten Maschinen zurückzulegen hat, in der Regel als wesentliche Bestandteile zum Betriebe und zwar gleichgültig, ob es Hin- oder Rückwege sind. Demgemäß sind aber auch Unfälle auf solchen Wegen als Betriebsunfälle anzusehen, und zwar trifft das im vorliegenden Falle um so mehr zu, als der Kläger zur Zeit des Unfalls noch Ofenrohre mit sich führte, die er zu Hause reparieren wollte.

Erste Hilfe bei Unfällen. Um den Unfallverletzten der Berufsgenossenschaften zur möglichst vollständigen Wiederherstellung ihrer Arbeitsfähigkeit ein intensives Heilverfahren zu Theil werden zu lassen, soll in Berlin eine Einrichtung in's Leben treten, die auch für andere größere Plätze sich eignen dürfte. Es werden nämlich demnächst für drei gleichmäßig vertheilte Bezirke der Stadt Berlin chirurgische Unfallstationen errichtet werden. Dieselben enthalten eine Verbandstunde mit ärztlichem Tages- und Nachtdienst und eine stationäre Klinik und sind mit modern-chirurgischer Ausstattung versehen. Die Betriebsunternehmer haben das Recht, bei Unglücksfällen die erforderliche chirurgische Hilfe in die Betriebe zu requiriren. Die Stationen sind derartig organisiert, daß sie auch bei einem Massenunfälle ausgiebige chirurgische Hilfe am Schadenorte leisten können. Die Unfallstation Nr. 1 wird unter Leitung des Dr. Bobe für den Süden und Westen Berlins, die Unfallstation Nr. 2 unter der Leitung des Dr. Levy für Nord und Nordost am 1. Januar 1894 eröffnet. Die Station Nr. 3 geleitet, von dem Chefarzt der im Bau begriffenen Heilanstalt der Norddeutschen Holz-Vereinsgenossenschaft in Neu-Kahnsdorf bei Erkner, Herrn Dr. Fehleisen, wird kurze Zeit darauf und zwar in der Gegend des Schlesischen Bahnhofes errichtet werden. Die drei Stationen sind zunächst nur für die Unfallverletzten von vier Berufsgenossenschaften und zwar für die der Brauerei- und Mälzerei-Vereinsgenossenschaft, der Vereinsgenossenschaft der chemischen Industrie, der Norddeutschen Holz-Vereinsgenossenschaft und der Expeditions-, Speicherei- und Kellerei-Vereinsgenossenschaft bestimmt. Der Zutritt anderer Berufsgenossenschaften, auch die etwaige Vermehrung der Stationen, bleibt vorbehalten. Das Unternehmen untersteht einem Kuratorium. Dasselbe besteht aus je einem Vorstandsmitglied der beteiligten Berufsgenossenschaften, den drei leitenden Ärzten, ferner einem aus dem Kreise der berufsgenossenschaftlichen Vertrauensärzte gewählten Mitgliede und dem geschäftlichen Leiter der Centralstelle, Direktor Max Schlegler, Wilhelmstraße Nr. 38.

Städtisches Arbeitsamt. Der Vorsitzende des Gewerbergerichts in Mainz, Herr Beigeordneter Dr. Gagner, hat ein Statut ausgearbeitet, das die Grundlage eines hier zu errichtenden städtischen Arbeitsamtes bilden soll. Darnach hat das Arbeitsamt den Zweck, zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern (gewerblichen Arbeitern, Diensthöfen und Lehrlingen) Arbeit zu vermitteln und über alle die Arbeiten und Arbeitsverhältnisse beruhende Fragen Auskunft zu ertheilen; außerdem ist das Arbeitsamt verpflichtet, dem städtischen statistischen Bureau für Zwecke der Statistik über die Bewegung des Arbeitsangebots und der Arbeitsnachfrage in den verschiedenen Gewerben und Jahreszeiten die gewünschten Mittheilungen zu machen. Das Arbeitsamt soll unter der Leitung und Aufsicht einer Kommission stehen, welche aus einem Vorsitzenden sechs Mitgliedern und vier Stellvertretern besteht. Für jede Sitzung der Kommission erhalten die Mitglieder eine Entschädigung von M. 3. Das Arbeitsamt selbst besteht aus einer männlichen und einer weiblichen Abtheilung, der ersteren steht ein männlicher, der letzteren ein weiblicher Beamter vor. Die Kosten der Errichtung und Unterhaltung des Arbeitsamtes sind von der Stadt Mainz zu tragen, während die Arbeitsvermittlung unentgeltlich erfolgen soll.

Wenn das Mainzer Arbeitsamt nur nicht auch das Schicksal des Stuttgarter erlebt, daß so vielversprechend und geräuschvoll auf der Bühne erhebt, um durch den Nachspruch der weisen Stadtväter wieder in der Versenkung zu verschwinden. Wann es seine Auferstehung wieder feiern wird, steht noch sehr dahin.

Verordnung, betr. Schlafstellen im Fürstenthum Rhenl. a. S. Im Fürstenthum Rhenl. a. S. ist eine beachtenswerthe Verordnung über das Schlafstellenwesen erlassen worden. Hiernach dürfen die Schlafräume mit den eigenen Schlaf- und Wohnräumen des Quartiergebers und dessen Hausangehörigen nicht in offener Verbindung stehen. Vorhandene Verbindungstüren sind verschloßen zu halten. Jeder Schlafraum muß trocken, geblüht, mit einer Thür verschließbar und mindestens mit einem Fenster in der Außenseite des Hauses versehen sein. Mit Abtrittsanlagen darf er nicht in offener Verbindung stehen. Nebenräume dürfen überhaupt nicht als Schlafstellen verwendet werden. Der Schlafraum muß für jede Person mindestens 10 Kubikmeter Luftraum enthalten. Für jeden Quartiergeber muß eine besondere Lagerstätte, zu welcher mindestens ein Strohsack, ein Strohhalm und eine Decke, sowie die erforderliche Bettwäsche gehören, vorhanden sein und für höchstens zwei Personen je

eine Wascheinrichtung mit Handtuch. In jedem Schlafräume ist eine vom Gemeindevorstand bescheinigte Nachweisung der höchstzulässigen Zahl von Quartiergebern für den fraglichen Raum anzuhängen. Quartiergeber dürfen nur in den für sie bestimmten Räumen Schlafstellen benutzen. Dieselben oder nicht völlig (auch in Bezug auf den Eingang) getrennte Räume dürfen als Schlafräume von Personen verschiedenen Geschlechts nur dann benutzt werden, wenn diese Personen im Verhältniß von Eheleuten oder im elterlichen und Kindesverhältniß stehen.

Wohnungsnoth ist in den Berliner Gefängnissen eingetreten. Das sicherste Anzeichen sozialen Nothstandes. Wie viele der Insassen bangen vor dem Tag der Entlassung und spüten sich, unter das sichere Obdach zurückzukehren, das ihnen wenigstens ausreichende Nahrung bietet, die sie als „freie Arbeiter“ in der geeigneten bürgerlichen Gesellschaft in unzureichendem Maße auch dann nicht haben, wenn sie zu den Glücklichen gehören, die im Besitze einer Arbeitsstätte sich befinden. In Pöbensee werden zur Zeit 2100 Gefangene beherbergt, kürzlich mußten gegen 200 Gefangene wegen Mangels an Platz nach auswärtigen Polizeigefängnissen verschickt werden. Kasernen und Gefängnisse, Asyl für Arbeits- und Obdachlose — das ist das Signum der heutigen Zeit!

Staatszuschuß. Zur Aufrechterhaltung des Abbaues der Silberminen in Freiberg muß der sächsische Fiskus dieses Jahr M. 2 874 500 Zuschuß leisten. Voriges Jahr betrug derselbe M. 1 904 000. Die Verzinsung der sächsischen Staatsschuld erfordert M. 21 145 863. Fast ein Drittel der Summe, die das Reich zu dem beregten Zweck aufwendet. Im Schuldenmachen hat ein Staat vor dem anderen blühwenty voraus.

Aus Belgien. Wahlexperiment. Von der am Sonntag in Brüssel mit der Proportionalwahl angestellten Probe liegt nun das endgültige Ergebnis vor. Die Probe erstreckte sich nur auf die parlamentarische Vertretung Brüssels in der Kammer, also auf 18 Mandate. Sechs Parteien nahmen an der Wahl Theil: Gemäßig-Liberale, Sozialisten, Fortschrittler, Flamänder, Katholiken und Unabhängige. Man hatte das Versahren so geordnet, daß aus der Abstimmung sowohl die Zahl der abgegebenen Stimmen im Einzelnen und für die Partei, als auch die Namen der Abgeordneten, denen die Wähler den Vorzug gaben, ersichtlich war. Zu Kandidaten wurden die Namen von Verstorbenen genommen, unter denen sich jede Partei eine Anzahl ihrer verdienten Männer herausuchte. Für die Abstimmung waren verschiedene Wahllokale hergerichtet. Die Ermittlung des Wahlergebnisses nahm vier Stunden in Anspruch, ging aber ziemlich glatt vor sich. Das Ergebnis ist das folgende: Abgestimmt haben 12 154 Wähler; abgegeben wurden im Ganzen 206 679 Stimmen; da 18 Sitze zu vergeben waren, so kam ein Sitz auf rund 11 500 Stimmen. Es ertheilten demgemäß: die Sozialisten mit 105 902 Stimmen 10 Sitze, die Fortschrittler mit 39 440 Stimmen 4 Sitze, die Flamänder (Demokraten) mit 21 831 Stimmen 2 Sitze, die Katholiken mit 19 435 Stimmen 1 Sitz, die Gemäßig-Liberalen mit 11 651 Stimmen auch einen Sitz, und die Unabhängigen mit nur 8420 Stimmen gingen leer aus. Als Gewählte wurden sodann die von den einzelnen Parteien aufgestellten Namen in der ermittelten Zahl und in der von den Listen angegebenen Reihenfolge proklamirt. Die große Zahl der abgegebenen sozialistischen Stimmen machte natürlich Aufsehen, doch erklärt sich diese Zahl zunächst daraus, daß die Sozialisten sich am regsten an der Probe beteiligten, während die Angehörigen der anderen Parteien zum Theil zu Hause blieben, was allerdings für die Besten kein schmeichelhaftes Zeugnis ist. Indessen wird sich dies bei der wirklichen Wahl einigermaßen ausgleichen, da die neue Verfassung die Theilnahme an der Wahlhandlung obligatorisch macht. Bei der Feststellung des Ergebnisses wurde denn auch ausdrücklich hervorgehoben, daß die Probe keine politische, sondern nur eine technische Bedeutung habe, da sie die praktische Durchführbarkeit des Verfahrens beweisen solle. Dieser Beweis ist nunmehr vollständig gelungen, aber man wird nicht umhin können, auch eine politische Bedeutung der Probe darin zu finden, daß sich die sozialistische Partei immerhin als eine viel größere herausgestellt hat, wie man bisher vermutete. Diese Wahrnehmung dürfte geeignet sein, diejenigen, die noch Gegner des Proportionalverfahrens sind, zum Aufgeben ihres Widerspruchs zu veranlassen.

Aus Frankreich. Der Sozialismus beherrscht die Parlamente. Wie das englische Ministerium begreift, daß es nur von der Unterstützung der Arbeiter abhängig ist, glaubt das französische Ministerium sich als Gesellschaftsretter aufspielen zu sollen, um damit die allseitige Unterstützung des laien Besizes zu finden. In einer ministeriellen Erklärung, die eine Reihe von Gesetzesentwürfen anknüpft, wird den Sozialisten folgendermaßen Fehde angekündigt: Alle theoretischen Diskussionen fernhaltend, schließen wir zunächst die Revision der Verfassung aus (Beifall; Gelächter links), ferner die Trennung von Staat und Kirche (Beifall im Centrum; Lärm links), die Aenderung des Wahlmodus und alle Anträge auf Einführung einer unbilligen inquisitorischen progressiven Steuer (großer Lärm und zahlreiche Zwischenrufe links). Alle diese Anträge werden wir loyal bekämpfen, um die Geister von der Herrschaft konfuser allgemeiner Formeln freizumachen. In der sozialen Ordnung betrachten wir keinesfalls als politische Allianz jene, welche nicht als notwendige Prinzipien den Respekt vor dem Stimmrecht, dem Privat-Eigentum, der individuellen und der Arbeits-Freiheit zulassen. (Großer Beifall im Centrum und rechts; Lärm links). Gerade dem Geiste der Erklärung der Menschenrechte verknüpfen wir alle Lehren, welche die anonyme Tyrannie des Staates der individuellen Initiative substatuiren, und wir werden energisch jeden Versuch der Agitation oder der Unruhe unterdrücken, welches auch die Führer oder die Agitatoren sind. (Großer Beifall). Diejenigen, die revolutionären Bestrebungen internationale Tendenzen hinzuzufügen werden wir im Namen des Vaterlandes bekämpfen. (Banganhaltender Beifall und Lärm.) Wir betrachten als unannehmbar die Schul- und Militärgesetze; dieser Haupttheil der republikanischen Gesetzgebung muß vervollständigt werden durch Sozialgesetze, welche die individuelle Freiheit entwickeln. Hierher gehören zunächst die Gesetze über Armenpflege, Hygiene, Sparsassen, Kooperations-Gesellschaften, billige Theilnahme der Arbeit am Gewinn der Kapitalisten, Besondere Klassen. Die Sozialisten haben den Fehdehandschuh sofort auf. Eine Interpellation über die allgemeine Politik war die Antwort, die Professor Jaurès, der Abgeordnete der Bergarbeiter in Carmaux, begründete. Er konstatirt, die

Regierung habe gleich am ersten Tage behufs Bädung einer Majorität eine Fanfare gegen den Sozialismus blasen müssen. Die ganze Haltung der Regierung bedeute Krieg gegen den Sozialismus. Trotz der radikalen Vergangenheit einzelner Minister will das Ministerium eine Bewegung bekämpfen, die aus allen alttönen Kräften der Menschheit resultirt. Redner wirft der Regierung vor, daß sie die Bohnfrage mißverstehe und das Volk in Ermangelung einer anderen Religion zur Anbetung des ewigen Kapitals verdamme. Damit verurtheile die Regierung das Land zu ewigen Kriegen; sobald eine beigelegt sei, werde unermüßlich eine andere auferstehen. Redner legt die Fortschritte des Sozialismus in ganz Europa dar. Die letzten Kongresse haben den Regierungen soziale Gesetze auferlegt. Gegenüber dieser unverselben Bewegung magt man von hollten Aufreizungen zu sprechen. Nicht die sozialistischen Deputirten setzen an den Streiks schuld, sondern die Republik. Die politische und wirtschaftliche Stellung des Arbeiters in der Republik sei ein krasser Widerspruch. Der Arbeiter kann das Ministerium stürzen, ist aber nicht sicher, morgen aus der Fabrik weggejagt zu werden. Der Arbeiter ist souverän durch das Stimmrecht, Proletarier durch das Kapital. Die politische Republik muß zur sozialen führen. Der Kampf gegen den Sozialismus bedeute einen Rückschritt gegen das Werk der vorhergehenden Kammer. Jaurès beantragt eine Tagesordnung, worin er die Ueberzeugung ausdrückt, daß man den Sozialismus nicht bekämpfen kann, ohne die republikanischen Prinzipien zu desavouiren und worin er die rückschrittliche und provokatorische Politik der Regierung energisch verurtheilt. Dupuy sagt, Jaurès habe eine begeisterte, aber konfuse Abologie des Sozialismus gegeben und nur vergessen, ihn zu definiren. Im Sozialismus sei zweierlei zu unterscheiden! Diejenigen, die sich seiner bedienen, ferner das Ensemble der Operationen, die große Aufmerksamkeit verdienen. Was Jaurès im Sozialismus sieht, ist die zukünftige Revolution mit gewalthätigen Forderungen. Dupuy weist den Vorwurf zurück, den republikanischen Prinzipien untreu zu werden. Die Regierung hat für sich den Geist der Revolution, der schon soviel werth ist wie dieser neue Geist, der demjenigen gewisser religiösen Kongregationen gleich ist. Die Vertheidiger des Sozialismus dürfen sich nicht auf die republikanische Freiheit berufen, da sie die Sklaverei für die menschliche Persönlichkeit erstreben. (Großer Lärm links. Der Präsident ruft den Redner zur Ordnung.) Dupuy fährt fort: In den befreiten Ideen Jaurès' habe er nur die allgemeine Expropriation gefunden. Er protestirt gegen den Klassenhaß und zählt die republikanischen Reformen zur Aufhebung der sozialen Ungleichheiten auf, besonders die Spartassen. (Lärm links.) Dupuy: Selbst das Wort „Spartasse“ ruft Proteste bei diesen Aposteln des Volkswohles hervor! Was die Regierung im Sozialismus bekämpft, ist dessen Appell an revolutionäre Mittel. Diese wird die Regierung nicht dulden, aber sich bestreben, die Leiden der Arbeiter durch legale Maßnahmen zu erleichtern. Dupuy wiederholt schließlich die Stellung der Vertrauensfrage. — Es wird Vertagung der Diskussion bis Donnerstag mit 264 gegen 241 Stimmen beschloßen.

Die allgemeine Amnestie will das französische Ministerium nicht bewilligen. Die öffentliche Meinung will man freilich beschwichtigen. Darüber meldet ein Wolffisches Telegramm: „Im Ministerrathe unterzeichnete Präsident Carnot heute die Dekrete, durch welche 18 Begnadigungen und Strafverhängerungen gegenüber den wegen der Unruhen im Quartier latin Verurtheilten und 400 Begnadigungen von Militärpersonen bewilligt werden.“ Sozialdemokraten und an gewerkschaftlichen Bewegungen beteiligte Arbeiter sind von der Amnestie ausgeschlossen, wie es sich für eine Interessenvertretung der Bourgeoisie, mag sie auch Republik heißen, schickt.

Aus Italien. Das Salz kostet in Italien 60 Pfennige, also drei Groschen das Pfund. Und damit das überbärdete, ausgemergelte Volk sich nicht selber das nötige Salz bereite, ist das Ausschöpfen von Meerwasser bei strenger Strafe verboten — also erzählt uns ein in Italien wohnender Genosse.

Der Turiner Professor Ferri hat sich öffentlich zum Sozialismus bekannt. Die Gelegenheit wird benutzt zu der Zeilenreihe, Ferri's Kollege, der Professor Lombroso, habe sich auch zum Sozialismus bekehrt. Das braucht Lombroso nicht. Er ist seit Jahren Sozialist. In Italien ist das Blut rother und die Liebe zum Futtertroß weniger stark, als im kühleren Norden, wo nach dem bekannten „Kontagwort“ Professoren und andere dergleichen Leute für die Besigenden „immer zu haben sind“. Jedenfalls ist es eine bemerkenswerthe und für das Volk der Denker sehr beschämende Thatsache, daß, während unsere deutsche Kriminalistik und Strafrechtspflege, von wenigen Ausnahmen abgesehen, in dem Sumpf mittelalterlicher Barbarei und im Irrgarten vorantastlicher Theorien herumtappet, in Italien die zwei berühmtesten Kriminalisten: Ferri und Lombroso, Sozialisten sind.

In F m o l a, wo kürzlich die Sozialisten bei den Gemeindevahlen siegten, wurde A n d r e a C o s t a, der bekannte langjährige sozialistische Abgeordnete, unter lebhaftem Beifall des Publikums zum Bürgermeister gewählt. Seine Amttrittsrede war eine Verherrlichung der Sozialdemokratie.

Aus England. Ueber das Ende und die demnächstigen weiteren Folgen des großen Bergarbeiterausstandes berichten wir unter „Gewerkschaftliches“. Hier sei nur auf die bedeutende Bändelung hingewiesen, der wir infolge des Arbeiterfluges in der bürgerlichen Presse in Beurtheilung der Arbeiterforderungen und deren Hilfsmittel begegnen. Wir lesen da: „Zunächst darf man nicht vergessen, daß der Wiesenausstand, welcher nun glücklich beigelegt ist, mancherlei neue Ideen und Pläne gereift hat. Die Arbeiter haben eine Disziplin und Ausdauer gezeigt, welche bewunderungswürdig sind und ihnen selbst das Bemüßsein ungeahnter Stärke geben müssen. Die Grubenbesitzer haben nicht so fest zusammengeschlossen, denn bei ihnen handelte es sich nicht um ein Prinzip. Sondern nur um größeren oder geringeren Vortheil beim Verkauf der Kohlen. Deshalb sind sie auch Schritt für Schritt zurückgewichen und haben viele derselben sich während des Ausstandes vom Gros getrennt. Am meisten scheint aber das liberale Ministerium gelernt zu haben, indem es, wenn auch nach langem Hörgern und Sträuben, anerkennt, daß selbst ein, nach seiner Ansicht rein geschäftlicher Streit sich zu einem nationalen Unglück entwickeln kann. dessen Vermeidung ein Eingreifen des Staates nothwendig macht. — Das Eingreifen mag auch nach Beilegung des Streits noch nachträglich geschehen, die Existenz des Ministeriums wird davon abhängen.“

Aus Amerika. Ein nettes Bild vom „Eigentum ist Diebstahl“. Ueberraschende Entdeckungen hat ein von der Regierung des Staates Minnesota zur Untersuchung des Zustandes der Staatswaldungen eingesetzter Ausschuss gemacht. Donnelly, der Vorsitzende der Kommission, berichtet u. A. Folgendes: „Der Staat ist von einigen der angesehensten Bürger um Millionen Dollars bestohlen worden und einige dieser Diebstähle sind von höchst überraschender Natur. Baumstämme sind massenhaft ohne einen Funken von Berechtigung weggeschleppt worden. In einem Falle sind anstatt 600 000 Fuß Holz, für welche bezahlt war, 6 000 000 Fuß weggenommen worden. Der Ausschuss hat bereits Schritte zu einer noch eingehenderen Untersuchung getan und hofft, dadurch in den Stand gesetzt zu werden, dem Gouverneur und dem Oberstaatsanwalt hinlängliche Beweise zur Einleitung von Strafverfahren und Wiedergewinnung des dem Staate entzogenen Geldes unterbreiten zu können.“

Aus Australien. Internationale Solidarität. Der „demokratische Klub“ in Melbourne (Australien) hat in seiner Generalversammlung am 12. September, auf Antrag des Genossen Dudley Finlay folgenden Beschluß einstimmig gefaßt: „Dieses Meeting drückt systematische Anerkennung aus für die hochherzigen (noble) Anstrengungen, welche die Sozialdemokraten Deutschlands gemacht haben, um die ökonomische und politische Befreiung des Volkes zu erwirken; und es beglückwünscht von Herzen das aufgeklärte deutsche Volk zu den gewaltigen Erfolgen bei den letzten Reichstagswahlen und zur Erwählung einer beträchtlichen Anzahl von internationalen revolutionären Sozialdemokraten, deren Triumph die beste Bürgschaft des Weltfriedens ist. Die wachsende Verbreitung der sozialistischen Prinzipien gewährleistet den Sieg der sozialen Revolution, welche das Glück und das Wohl der Menschheit herbeiführen wird.“

Dies die Resolution, die der deutschen Partei übermittelt wurde. Wir danken den Brüdern in Australien; sie dürfen überzeugt sein, daß die deutsche Sozialdemokratie fortwährend für die Sache des Sozialismus und der Menschheit zu kämpfen.

Korrespondenzen.

(Die Schriftführer der Zahlstellen und Vereine werden dringend ersucht, nur schmales Papier zu gebrauchen und nur auf einer Seite zu beschreiben. D. N.)

Reusstadt a. d. Orla. Wir ersuchen, den Zugang nach Reusstadt a. d. Orla fernzuhalten. Die Kollegen der Wäldischen Wäldfabrik setzen im Ausnahm. Betroffen sind 20 Kollegen. Der Geist ist ein vorzüglicher und hoffen wir mit Unterstützung der Kollegen in kurzer Zeit den Kampf siegreich zu bestehen. Mit kollegiallichem Gruß

J. A. Julius Schmidt.

Witzburg. Alle Kollegen und Arbeiter, welche in den letzten zwei Jahren an hiesigen Orte mit ihrem Arbeitgeber wegen Lohnforderungen oder ungesetzlicher Entlassung auf dem Vermittlungsamt zu thun hatten, werden ersucht, den Sachverhalt mit Adresse an den Vorsitzenden, Jos. Holland, Franz-Schwabstraße Nr. 19, 3. St., zu senden. Fertio wird vergütet.

Wandebiel. Eine Mitgliederversammlung fand am 14. November statt. Da ein Referent nicht erschienen war, wurde der erste Punkt verlesen. Zum zweiten Punkt berichtete Gehrt als Mitglied der Kommission über die Beschlüsse derselben und führte aus, daß aus finanziellen Gründen nur die organisierten Kollegen mit 30 % zu unterstützen seien. Als Antwort für zu empfangende Unterstützung bitten keine Karten. Die Versammlung erklärte sich mit den Beschlüssen der Kommission einverstanden. Ein Antrag, hinsichtlich einer Erhöhung von 10 % pro Mitglied zu entscheiden, wurde angenommen. Da jetzt der Referent, Herr Sittenfeld, erschienen war, erhielt derselbe zum ersten Punkt: „Ueber Einwirkung der langen Arbeitszeit auf die Gesundheit des Arbeiters“ das Wort. Derselbe führte aus, daß die Zahl der Unfälle, hervorgerufen durch die heutige Produktionsweise, eine enorme sei, aber auch je nach der Tageszeit verschieden sei. So kommen z. B. auf die Arbeitsstunden von 7-8 Uhr 194 Unfälle und feigen von 11-12 auf 1590, finken von 12-1 auf 587, und wieder von 6-7 auf 979 zu steigen. Weiter bemerkt Redner, daß das Berühren, die Exposition, der Alkoholismus und die Krankheit durch die lange Arbeitszeit und niederen Löhne erzeugt werde. So giebt es nach H. Sommerfeld bei den Strömungen und Mählern eine erhebliche Berufskrankheit, z. B. beträgt das Durchschnittsalter eines Strömers 28 Jahre 2 Monate. Auch die Ernährungswiese sei sehr mangelhaft. Danach beträgt der Fleischkonsum für Arbeiter von Jahr und Tag 276 Pfund, für Dienstboten 69, und für Frauen 23. Es ist erklärlich, daß die italienischen Arbeiter bei den deutschen Unternehmern so beliebt sind. Ferner kam derselbe zu dem Schluß, daß nur durch Verkürzung der Arbeitszeit, durch wirtschaftliche Kämpfe diese Erscheinungen beseitigt werden können. An der Debatte beteiligte sich der Kollege Beese und leitete die Änderungen des Beschlusses auf dem Samstage gegenüber den Gewerkschaften in tabellarischer Weise. Nach einem Schlußwort des Referenten verlas zum dritten Punkt der Sitzung die Abrechnung der Einnahmen. Für den Gesamterwerb sind 308 Markten à 20 % = M. 60 60, in zwei Klassen an die Hauptkasse abgeleitet M. 55, Restbestand M. 540. Die Abrechnung der Ausgaben wurde beiläufig in „Berichtendes“ berichtete Kollege Mahala über die letzten Arbeiten des Gewerkschaftsrates. Ein Antrag, das Gewerkschaftsamt zu bestimmen, in der Zentralherberge ein Biazar anzuhängen, woran von sämtlichen Gewerkschaften die Wohnung des Bevollmächtigten und Kassiers angegeben sei, wurde angenommen. Nachdem auch die Zweckmäßigkeit der Wandebiel-Gewerbe- und Jubiläumsgeldzahlung besprochen wurde, wurde die Versammlung um 10 1/2 Uhr geschlossen.

Wald in Lauenburg. Endlich ist es uns gelungen, auch in unserem Orte eine Zahlstelle des Holzarbeiter-Verbandes zu errichten. Zu diesem Zwecke tagte am 4. November hierorts eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Zwick. Lebe aus Altona über die Wichtigkeit der Gewerkschafts-Organisation referierte. Der einstimmige Beschluß über die Gewerkschafts-Organisation wurde mit vollem Beifall von den Anwesenden angenommen. In derselben Versammlung wurde dann nach gleichem Verfahren gewählt und in der darauf folgenden Mitgliederversammlung bestätigt. Leber sind in unserem Orte die Beschäftigten und gerade nicht die besten. So

ist hier eine Werkstelle, in welcher fast nur in Afford gearbeitet wird. Die Affordarbeiten werden auch noch so bezahlt, daß den betreffenden Kollegen fast nichts übrig bleibt von ihrem Verdienst. So werden bezahlt für eine Unrichte M. 7,25; nun kann sich ein jeder Kollege ein Bild davon machen, wie viel der Kollege verdient hat nach Abzug des Kostgeldes in der Höhe von M. 8. Und derselbe Meister bezieht seine Gehalt von dem Arbeitsnachweis in Lübeck und Lauenburg. Darum, Kollegen der genannten Orte, laßt Euch nicht durch Versprechungen irre machen und meidet die Werkstelle des Meisters, Ihr würdet nur bittere Erfahrungen machen.

Hagenow i. Mecklbg. Den Kollegen zur Nachricht, daß wir hier eine Zahlstelle errichtet haben. Zu diesem Zweck fand am Mittwoch, den 15. November, eine Versammlung der Einzelmitglieder statt, in welcher die Wahl der Solalverwaltung vorgenommen wurde. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: Wily. Wang, Bevollmächtigter, Ernst Cordts, Kassier. Derselbe zahlte Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 7-8 Uhr in seiner Wohnung bei Herrn Wily. Witenje, Tischlermeister, Bahnhofstraße 238, aus. Unser Verkehrslokal und Herberge befinden sich beim Gastwirt Wily. Bürger, Bahnhofstraße, und bitten wir unsere Kollegen, dajelbst zu verkehren. Zum Schluß wurde unserem bisherigen Vertrauensmann Ernst Cordts für seine pünktliche Verwaltung Decharge erteilt.

Gindef. Am 26. November fand in Hente's Wirtschaft eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, zu welcher Kollege Brinkmann aus Kassel als Referent erschienen war. Redner schilderte der Versammlung in klaren Worten die Lage des arbeitenden Volkes, welches oft schlechter behandelt würde als das Vieh. Nur durch eine feste und stramme Organisation könnten die Arbeiter etwas bessere Arbeitsbedingungen erringen. Nach seinem Vortrag erntete der Redner großen Beifall. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute bei Herrn Hente stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet für die Gründung einer Zahlstelle einzutreten.“ Alle anwesenden Holzarbeiter meldeten sich zur Aufnahme. Die Kollegen Standte und Widrichkeit wurden beauftragt, zu Sonnabend, den 2. Dezember, eine Versammlung einzuberufen, in welcher die Ortsverwaltung gewählt werden soll.

Verlin. Seit Jahren ist eine solche Stimmung, wie sie hier jetzt herrscht bezüglich des Erkennens der gewerblichen Uebelstände, nicht zu vergleichen gewesen. Die letzten Versammlungen, größtenteils nur für Vertrauensmänner einberufen, legten bereits Zeugnis ab; sie waren besetzt, daß in den Gängen Mann an Mann hand. Die Teilnahme an den Verhandlungen und das Hinzeigen auf zu padende Uebelstände war eine sehr rege. Der Mahnruf „Arbeiter vereinigt, vereinigt Euch!“ war in sämtlichen Bezirken die Parole der Verhandlungen. Bemerkenswert ist aber noch werden, daß ein Teil der Herren Meister, und zwar betrifft dies fast ausnahmsweise die Unternehmer, welche großkapitalistisch produzieren, die Aufforderung, welche an die Kollegen gerichtet ist, unterschlagen haben, oder mit Stoffen versehen unseren Kollegen überreichten. Diesen werden wir abermals einen Schreibbrief zukommen lassen, hilft dies nicht, so werden betrieblende Werkstätten öffentlich aufgefordert, ihrer Pflicht nachzukommen und einen Vertrauensmann zu senden. Schwere werden wir allen Uebertreibern der Herren Unternehmer begegnen müssen; denn ihr Handeln ist meistens brutal. Aber Euch, den gleichgültigen, den indifferenten oder gar frivolen Elementen werden wir klaren Wein einschenken und vor Augen führen, daß, wenn sie noch nicht erkannt haben, daß wir Schulter an Schulter zu stehen haben, wir sie gewissermaßen als Ausfällige ansehen und auch behandeln. Die Kampfesweise, welche zur Beseitigung aller Uebel nun endlich einmal vorgenommen werden muß, hier heute zu zeichnen, würde zu weit führen und bezieht sich auch augenblicklich nur noch auf Vorläufer. Nur Eins ist nachzutragen, daß vom 1. Januar die Bartenbodenleger nach geregelter Tarif, welcher schon jetzt zur Ausgabe gelangt, zu arbeiten haben. Unsere Zeit wird für den nächsten Monat jedenfalls auch die statistische Aufnahme des Hauptvorstandes erfordern, und weil Zahlen deutlicher sprechen als Worte es vermögen, so ist es um so dringender notwendig, hier unsere ganze Kraft einzusetzen.

Perleberg. In der zu Sonntag, den 19. November, Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Gastwirth Schulz einberufenen Versammlung der Holzarbeiter, zu welcher circa 30 Kollegen erschienen waren, wurden die Zwecke und Ziele des Verbandes klargelegt, während der Zeit zeichneten sich 22 Kollegen ein und wurde nachdem zur Wahl des Vorstandes geschritten. Zum Bevollmächtigten wurde Kollege Triebler, Tischler, Vertreter Kollege Eggbrecht, Stellmacher, Schriftführer Kollege Jahnke, Tischler, und zum Kassier Kollege Keumann, Tischler, gewählt. Der Bevollmächtigte ersuchte die Kollegen, tren zur Fahne zu halten und die noch fernstehenden Kollegen möglichst heranzuziehen, damit unsere Zahlstelle immer stärker wird. Unsere Versammlungen finden monatlich zweimal statt, und zwar immer den Sonntag vor dem 1. und 15. eines jeden Monats. Versammlungsort ist Judenstraße, bei W. Schulz (Herberge), und werden auch die Unterstützungen dort angezählt.

Oblig. In der Mitgliederversammlung vom 6. November wurde die Stellungnahme zu dem Aufruf der Elberfelder Kollegen beiläufig zweckmäßiger Agitation in Rheinland und Westfalen verhandelt. Es entspann sich eine lebhafte Debatte und erklärten die Kollegen, daß, wenn die Mitglieder durch diese Agitation materiell nicht weiter befristet würden, sie mit den Elberfelder Kollegen einverstanden wären. Kollege E. Reuter stellte folgenden Antrag: „Die heutige Mitgliederversammlung ist mit der Einberufung einer Konferenz einverstanden, um die Agitation besser fördern zu können. Die Kosten der Agitation sollen im Sinne einer Prozentverteilung den Lokalkassen auferlegt werden, damit die Mitglieder des Bezirkes nicht belastet würden; sie wird ihren Delegierten dementsprechend beantragen.“ Dieser Antrag wurde von den Kollegen einstimmig angenommen. Des Weiteren wurden die Beziehungen am Orte besprochen und beschlossen, Agitationsaktionen durch die Werkstellen von den Mitgliedern abwechselnd Sonntags zu unternehmen. Von den am Orte beschäftigten 25 Tischlern gehörten 8 dem Verbands, von den Hürtenmachern gehörten 5 gegen 3 Indifferente dem Verbande an; daraus ergibt sich, daß am Orte selbst noch sehr viel zu thun ist. Unter „Berichtendes“ kam die Ueberstandsfrage in Erwägung, da laut Beschluß vom 3. September beschlossen war, sämtliche Ueberstände sollten dem Schriftführer angegeben werden, was bis jetzt in so geringem Maße geschehen ist, daß allgemein angenommen wird, es seien mehr Ueberstände gemacht worden als bislang angegeben sind. Laut Protokoll des früheren Tischlerverbandes war die 1/2-jährige Mittagspause beschlossen

worden, was in den Werkstellen, wo Verbandskollegen arbeiten, noch der Fall ist. In den anderen Werkstellen haben es die Meister durch die Ineresslosigkeit und Gefühlsäußerung der Kollegen dahin gebracht, daß nicht bloß die Mittagspause, sondern auch die ortsüblichen Löhne reduziert sind. Darum, Kollegen, wenn Ihr bessere Verhältnisse erzielen wollt: organisiert Euch! Tretet Alle, ob verheiratet oder ledig, dem Verbands bei, nur in einer geschlossenen Phalanx kommen wir zum Ziele.

Goslar, 26. November. Auf die Bekanntmachung des Zentralvorstandes in Nr. 16 der „Holzarbeiterzeitung“, müssen wir etwas näher eingehen. Der betreffende Aufruf in der „Bildhauerzeitung“, der den Vorstand des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes Veranlassung zu seiner Bekanntmachung gegeben haben dürfte, gipfelt wohl in folgendem Satz: „Nicht so vernünftig handeln aber alle Mitglieder des Holzarbeiterverbandes.“ So gingen uns aus einigen Städten Mitteilungen zu, daß Mitgliedern des Zentralvereins der Bildhauer, die einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung beizuhören, die ärgsten Vorwürfe gemacht und in der erbärmlichsten Weise auf sie geschimpft wurde, weil sie an ihrer Organisation festhielten. Von Kollegen aus Goslar wurde angefragt, wie sie sich demgegenüber, da sie sich in der Minderheit befinden, verhalten sollen. Wir gaben ihnen den Rath, ruhig die öffentlichen Holzarbeiterversammlungen weiter zu besuchen, wenn es ihnen aber zu bunt wird, fernzubleiben und den Grund in unserer Zeitung zu veröffentlichen.“ Wir gönnen ja dem Verfasser obiger Notiz den Triumph des absoluten vernünftigen Handelns anderer Organisationen gegenüber, müssen aber doch bemerken, daß es noch weit vernünftiger wäre, sich, ehe man derartige waghafte Schauerreden in die Welt setzt, genau zu erkundigen, ob denn wirklich in so erbärmlicher Weise auf die hiesigen Holzbildhauer geschimpft wurde. Uns fällt das hier trotz aller unserer Unvernunft garnicht ein, auf die Anhänger des Zentralvereins der Bildhauer zu schimpfen und diesen über ihr Festhalten an der Organisation die ärgsten Vorwürfe zu machen. Vielmehr sind die Herren des Artikelschreibers etwas überreizt, man lebt ja in Berlin, und da war die Anfrage aus Goslar vielleicht außerordentlich geeignet, seinem verbliebenen Großmuth zu machen. Doch zur Sache. Wenn die „Bildhauerzeitung“ keine sichhaltigeren Fälle für ihre Artikel hat, als den Fall von Goslar, dann hätte dieselbe ihren Raum auch besser verwerten können, als mit dem Vorbringen derartiger, auf Unwahrheit beruhender Mitteilungen. Datsache ist nämlich, daß in der Versammlung, in der Kollege Weims das Referat hielt und darin wünschte, daß alle Holzarbeiter sich doch der zu gründenden Zahlstelle anschließen möchten, ein Bildhauer hierauf äußerte, sich erst bei dem Zentralvorstand zu erkundigen, wie sie sich zu verhalten haben, weil doch ihre Organisation viel mehr leiste, als der Holzarbeiterverband. In der darauf folgenden Auseinandersetzung sind keine argen Vorwürfe, sowie keine erbärmlichen Schimpfereien vorgekommen, sondern wir haben durchaus sachlich diskutiert. Der betreffende Bildhauer hat, wie er angiebt, auf seine Anfrage bei dem Zentralvorstand folgende Anweisung erhalten, im Bildhauerverein zu verbleiben, aber unserem Verband beizutreten, um die hiesige Zahlstelle lebensfähiger zu machen. Was der Mann seinem Vorstande berichtete, wissen wir nicht, wohl aber, daß der Vorstand oder sonst Jemand antwortete, wenn wir durchaus keine Vernunft annehmen wollten, so solle er künftig unsere Versammlungen meiden, trotzdem hat, wie angegeben, derselbe Bildhauer nebst Berufsgenossen unsere Versammlungen stets besucht. Wären wirklich derartige Schimpfereien vom Stapel gelassen, so glauben wir doch ganz gewiß, daß die betreffenden Herren unserer Versammlungen nicht ferner beigewohnt hätten. Die Vernunft scheint die Stärke des Artikel- und Antwortschreibers zu sein. Wir möchten nun rathen, daß sich die Artikelschreiber der „Bildhauerzeitung“ in Zukunft ob unserer Unvernunft etwas weniger erbozen. Es ist nicht Jedermanns Sache, so scharflich vernünftig zu sein, und das ist doch gut, denn sonst würde ja die Thätigkeit des Artikelschreibers so ganz überflüssig sein.

Frankenber i. S. Hier tagte am 18. November eine öffentliche Holzarbeiter-Versammlung, welche den Verhältnissen nach gut besucht war. Auf der Tagesordnung stand: 1. Vortrag über Gewerkschaftsorganisation. 2. Berichtendes. Das Referat hatte Kollege Otto Händel aus Kappel bei Chemnitz übernommen. Derselbe legte zunächst klar, wie beschnitten die Rechte der Arbeiter sind gegenüber den Rechten der Arbeitgeber und wie es den Arbeitern erschwert wird, diese wenigen Rechte auszuüben zu können. Hierauf beleuchtete er gebührend das Thun und Treiben der Hirsch-Dunder'schen Gewerksvereine. Durch mehrere statistische Beweise stellt Redner dann fest, wie durch die Entwidlung der Leicht-Tausende von Arbeitern arbeitslos werden, und wie durch Anhäufung des Kapitals in wenige Hände Konsum und Produktion schwer geschädigt werden und dadurch wiederum Tausende kleiner Gewerbetreibende und Handwerksmeister unter die Massen der Proletarier geschleudert werden, wie die Masse der Arbeitslosen nothgedrungen ihre arbeitenden Kollegen drücken, indem sie sich zu den denkbar niedrigsten Löhnen anbieten. Derartigen Zuständen sei nur durch eine feste, geschlossene Organisation zu begegnen. Redner gab auch bekannt, was die bis jetzt noch schwache Organisation schon zu leisten im Stande gewesen ist und daß es noch vieler Agitation bedarf, um alle indifferenten Kollegen zur Organisation heranzuziehen. Ein stürmischer Beifall belohnte den Referenten am Schluß für seinen gut durchdachten 1/2-stündigen Vortrag. In seinem Schlußwort forderte der Referent die Kollegen auf, durch Unterstützung des Wirthes sich das eroberte Versammlungslokal für die Zukunft zu sichern. Mit einem Hoch auf den Holzarbeiterverband wurde die Versammlung geschlossen.

Lübbenan. Am Sonnabend, den 25. November, fand hier eine Mitgliederversammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Kollege Seidel ist durch Wahrgelung gezwungen, sein Amt als Bevollmächtigter niederzulegen, und wurde an dessen Stelle Kollege Road als Bevollmächtigter gewählt. Da Kollege Jattich aus Solidarität die Arbeit ebenfalls niederlegte, mußte zur Wahl eines Schriftführers geschritten werden, und fiel die Wahl auf den Kollegen Spedel. Ferner wurde zur Reumwahl zweier Revisoren geschritten, indem die bisherigen Revisoren, die Kollegen Road und Spedel, infolge ihrer Wahl zum Bevollmächtigten resp. Schriftführer ihr Revisorenamt niederlegten. Die Wahl fiel einstimmig auf die Kollegen Belesch und Tomale. Zum dritten Punkt der Tagesordnung, Anschließ an eine freie Zahlstelle, wurden der Versammlung vom Kollegen Road die Zwecke und Ziele derselben nochmals erklärt, und erklärten sich acht Mitglieder bereit, einer solchen beizutreten. Da aber zur Gründung einer Filiale mindestens zehn Mitglieder sein müssen, wurde wegen Fehlens einiger dieser Punkt auf die nächste

Tagesordnung gesetzt. Unter „Verschiedenes“ wurde vom Kollegen Klinker der Antrag gestellt, die Gewerbenovelle und das Arbeiterchutzgesetz auf Vereinstkosten zu beschaffen. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Sodann schritt Kollege Seidel zur Vertheilung der Fragebogen und legte den Kollegen an's Herz, dieselben gewissenhaft und der Wahrheit gemäß auszufüllen.

Größ-Glogau. In der am 11. November abgehaltenen Mitgliederversammlung ließen sich vier Kollegen aufnehmen. An die auf den umliegenden Schiffswerften arbeitenden Schiffsbauer soll ein Rundschreiben gerichtet werden, sie zum Eintritt in den Holzarbeiterverband aufzufordern. Kollege Kraten legt den Entwurf eines solchen vor. Kollege Winkler schildert die Lage der Holzarbeiter am Orte. Die Arbeitszeit bewegt sich zwischen 11 und 14 Stunden, bei einem Stundenlohn von 20 bis 25 A. Da wäre es doch Zeit, daß die Kollegen sich bessere Arbeitsbedingungen zu verschaffen suchten, und sei es zu klagen, daß, trotzdem die Kollegen Koblenzer-Berlin und Stolpe-Grüneberg hier aufstrebende Vorträge gehalten, sich nicht mehr Kollegen dem Verbands anschließen. Mit einem warmen Appell, stets für den Verband die Agitation zu betreiben, wurde die Versammlung geschlossen.

Mühlheim a. d. Ruhr. Am 18. November hielten wir unsere Mitgliederversammlung ab. Ein Kollege ließ sich aufnehmen. Das verlesene Protokoll wurde genehmigt, desgleichen der Kassenbericht, und dem Kassirer Decharge ertheilt. Sonntag, den 26. November, findet eine öffentliche Versammlung statt, in der Kollege Hengsbach-Köln referiren wird. Anträge, betreffend die Agitation in Rheinland und Westfalen, sowie die Erweiterung der Bibliothek betreffend, wurden für die nächste Versammlung zurückgestellt. Beschlossen wurde, sich an dem Gewerkschaftsfest sämtlicher Gewerkschaften Mühlheims am Schloßter zu beteiligen.

Wiesbaden. Am 25. November d. J. hielten wir unsere regelmäßige, gut besuchte Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Berathung über den deutschen Holzarbeiterverband am hiesigen Orte“, ab. Der Bevollmächtigte Kollege Müller erläuterte den Punkt der Tagesordnung, indem er denselben in zwei Theile theilte, im ersten Theil, „Berathungen über Agitation“, stellte derselbe zwei Fragen auf: „Wie und wer ist im Stande, am besten agitiren zu können“. Er kam in seinen Ausführungen zu dem Ergebnis, daß nur diejenigen Mitglieder, die über ihre wirtschaftliche Lage am besten aufgeklärt und auch am fähigsten sind, wirksam agitiren zu können. Um dieses zu erreichen, müßten sich die Mitglieder bemühen, in den Mitgliederversammlungen sowohl als in der Bibliothek und der Preise die nöthigen Kenntnisse zu erwerben, um dann schlagfertig jedem Indifferenten gegenüber treten zu können. Hauptsächlich betonte er, den Leitartikel über die Gewerkschaftsdebatte auf dem Kölner Parteitage in unserer Fachzeitung, eine größere Aufmerksamkeit zu schenken. Kollege Müller kam zu dem Ergebnis, daß auch diejenigen als Indifferente anzusehen seien, die bei etwaigen Lohndifferenzen ihren Kollegen als Konkurrenten gegenüber treten und von den Gewerkschaften durchgeschleppt werden müßten, sollten sie nicht zu Streikbrechern herunter sinken. Zur zweiten Hälfte, „Agitation am hiesigen Orte“, führte Kollege Müller an, daß ja 300 Tischler, 15 Drechsler, 2 Bürstenmacher und 25 Wagner hier beschäftigt sind, von denselben gehören ja 120 Tischler, 1 Drechsler und 3 Glaser dem Verbands an. Kollege Müller führte an, daß hauptsächlich ein Angriff auf die Wagner und Drechsler gemacht werden müsse, um diese in die Organisation hereinanzuziehen und wurde zu diesem Zwecke eine Kommission von drei Mann gewählt, welche auf diese Weise eine Agitation zu entfalten hat. Wir glauben, wenn auch die wirtschaftliche Lage augenblicklich eine schlechte ist, daß unsere Organisation am Orte wieder etwas gehoben wird.

Ludwigshafen a. Rh. Am 18. November trat die Zahlstelle in die Deffentlichkeit durch Abhalten einer öffentlichen Holzarbeiterversammlung mit der Tagesordnung: „Die kapitalistische Produktionsweise und ihre Wirkung auf das Kleingewerbe und die Arbeiterklasse.“ Der Referent, Kollege Geiß aus Mannheim, führte in überzeugender Weise der Versammlung die Gebrechen der „besten aller Welten“ vor Augen. Durch unwiderlegliches Zahlenmaterial bewies Redner, wie der maschinelle Betrieb den Kleinbetrieb verdränge und zur Verminderung der menschlichen Arbeitskräfte führe; ferner die von Jahr zu Jahr steigenden Konkurrenz, erwähnend, daß viele derselben garnicht gerichtlich bekannt würden, folgedessen auch nicht statistisch aufgeführt werden können, da viele kleine Geschäfte, welche ihren Verpflichtungen nicht mehr nachkommen können, einfach etwas Anderes ergreifen, also in's Proletariat übersteden. Weiter führt Redner die bessere Rentabilität der großen gegenüber den kleinen Dampfmaschinen an, da bei einer 3000pferdeträftigen Maschine die Kosten der einzelnen Pferdekraft nur den zehnten Theil einer zweipferdeträftigen Maschine betragen, und sei dies ein unwiderlegbarer Beweis, daß mit diesem Altheilmittel den inunungschwärmenden Kleinmeistern nicht aufgeholfen werden könne. Aber durch diese Maschinentechnik komme es auch, daß heute der gelernte Arbeiter ebenso werthlos für den Kapitalisten wie der ungelernete sei, da zur Bedienung der Maschine, welche oft Hunderte von Arbeitern erseht, nur ein oder wenige — und am wenigsten gelernte — Arbeiter nöthig seien. Hiermit stehe im Zusammenhang die Zunahme der Frauen- und Kinderarbeit. Uebergehend auf die Lebenshaltung der Arbeiter, weist Redner auf den seit 1872 gesunkenen Brotkonsum hin, besonders erwähnend, daß das nahrhafteste Nahrungsmittel dem minderwertigen Bierde- oder gar Hundefleisch immer mehr Platz machen müsse. Und mit den Wohnungen stehe es gerade so; in Chemnitz können 70 pSt. aller Arbeiter nur ein Zimmer bewohnen, welches natürlich als Küche, Wohn- und Schlafzimmer für Eltern und Kinder dienen müsse, und diese Wohnungen, oft nur Kellerlöcher, stehen im Preise viel zu hoch gegenüber den Herrschafts- und dergleichen Wohnungen. Zum Schluß sucht Referent nachzuweisen, daß sich die Arbeiterschaft selbst helfen müsse, um solche Verhältnisse zu beseitigen und erklärt, daß dies vorläufig nur durch gewerkschaftliche Organisation möglich sei, bis die politische so weit erkrankt sei, die Fägel in die Hand zu nehmen. Folgende Resolution gelangte zur Annahme: „Die heute tagende öffentliche Versammlung der Holzarbeiter erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten vollständig einverstanden. Die Versammlung erkennt an, daß die heutige kapitalistische Wirtschaftsweise immer größere Massen des arbeitenden Volkes in Hunger und Elend treibt und erblickt nur in der Beseitigung dieser Wirtschaftsweise die erbgültige Befreiung des Proletariats vom Joch der Kapitalherrschaft. Da die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter aber geeignet ist, eine Binderung des heute herrschenden Elends durch Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung des Lohnes und dergleichen

herbeizuführen, so erklären sich die Versammelten bereit, der Gewerkschaftsorganisation beizutreten und für deren Ausbreitung und Kräftigung einzutreten.

Freiburg. Am 12. November fand auf Anregung der hiesigen Zahlstelle im Probirischen Saale dahier eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Westfal über die Lage der Kleinhandwerker und Arbeiter referirte. Der Redner behandelte in leicht verständlicher Weise unsere wirtschaftlichen Verhältnisse, die es unmöglich machen, uns ein menschenwürdiges Dasein zu verschaffen. Sodann tadelt er das Verhalten der Kleinmeister, die, fast uns den Rücken decken zu wollen, noch dazu beitragen, unser Ziel immer weiter hinauszuschieben. Nachdem er die Nothwendigkeit eines besseren Zusammenhaltens der Arbeiter zur Erlangung unseres Zieles nachgewiesen, forderte er alle uns fernstehenden Kollegen auf, dem Verbands beizutreten. Hierauf wies Genosse Bauer auf die Vorteile, welche uns durch die Organisation zu Theil werden, hin, und daß dies allein durch das gemeinsame Zusammengehen möglich sei. Nachdem auch er den Kollegen die Organisation empfohlen, wurde die Versammlung geschlossen. Sechs neue Mitglieder wurden sodann aufgenommen.

Nürnberg. Am 13. November fand eine Mitglieder-Versammlung der Sektion der Bürsten- und Pinselindustrie statt. Tagesordnung: 1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vortrag des Herrn Dr. Obladen über die Krankheiten unseres Berufes: „Tuberkulose und Milzbrandvergiftungen“ und deren naturgemäße Heilung. 3. Verschiedenes. Die Versammlung war zahlreich besucht und wurde der erste Punkt durch Aufnahme von 22 Kollegen erledigt. Beim zweiten Punkt führte Herr Dr. Obladen ungefähr folgendes aus: Für jedes Lebewesen, und hauptsächlich für den Menschen, sei die Luft unbedingt nothwendig, um leben zu können, denn man könne eher Tage lang Nahrung und Sonstiges entbehren, allein ohne Luft sei ein Leben unmöglich. Redner geht dann darauf über, wie viele Menschen bei vollständig verdorbener Luft den größten Theil ihres Lebens zubringen müssen. Nicht genug, daß sie des Tages über in ungesunden, schlecht oder garnicht ventilirten Räumen arbeiten müssen, sind sie durch die mangelhafte Lage unserer sozialen Verhältnisse gezwungen, auch daheim im Familienkreise ihre kurze freie Zeit in schlechten, ungesunden Wohnungen zu verbringen. Redner schildert dann ferner, wie unser gegenwärtiger Staat, der doch hauptsächlich ein militärischer sei, das größte Interesse daran haben müsse, seine Bürger gesund und kräftig zu erhalten. Denn wo wolle er bei der immer mehr fortschreitenden Degeneration in Zukunft seine Soldaten hernehmen? Nach Ansicht des Herrn Dr. Obladen wäre es Pflicht der Regierungen, ebenso wie sie für Krankenhäuser, Kasernen, Kadettenhäuser usw. vorschreiben, wie viel Personen in diesem oder jenem Raum sein dürfen, daß dies in erster Linie auf die Fabriken und Arbeitsräume ausgedehnt werde, und sollte keine Fabrik die Konzession erhalten, wenn sie nicht genügend ventilirt, mit Wasch- und Badeeinrichtung versehen, überhaupt mit Allem, was zur Erhaltung der Gesundheit des Arbeiters nöthig sei. Redner geht dann darauf über, die Entstehung der Schwindsucht klarzulegen, wie der Staub z. B. zuerst die Athmungsorgane angreife, sich dann festsetze, Entzündungen herbeiführe, die als Brust- oder Kehlkopf- u. Catarrh sich äußern und dann, wenn nicht Hülfe gebracht wird, sich auf die Lungenbläschen fortpflanzt und dann zur Tuberkulose führe, womit der größte Theil der Fabrikarbeiter behaftet ist. Daß dieselbe so stark verbreitet sei, liege, wie er bereits eingangs erwähnt, an unseren sozialen Verhältnissen, und es nütze alle die medizinischen Heilmittel nichts, denn bei dieser Krankheit sei Ruhe und gute Luft auf dem Lande das Beste. Allein das könne sich der Arbeiter nicht bieten und so gehen jährlich ungezählte Menschen an dieser Krankheit zu Grunde. Bei uns in Deutschland habe man zur Bekämpfung dieser Krankheit so viel wie nichts gethan. In England habe man wenigstens einige Anstalten für solche Kranke geschaffen, wo sie, wenn das Leiden nicht schon zu weit vorgeschritten, meist Heilung finden. Ueber Milzbrandvergiftungen äußert sich Redner dahin, daß dieselben davon herrühren, wenn ein Arbeiter sich bei dem von einem milzbrandkranken Thiere herrührenden Materiale verlege und nicht sofort die Wunde wäscht und verbindet. Die Milzbrandvergiftungen seien überhaupt noch neu. Vor zirka 10 Jahren wußte man noch nichts von derartigen Vergiftungen bei Menschen. Da von den 30 Erkrankungen in den letzten drei Jahren auch drei tödtlich verliefen, aber sämtlich im Krankenhaus behandelt wurden, so spricht Dr. Obladen den Wunsch aus, es möchte sich ein Wischenarbeiter bei einer wieder vorkommenden Erkrankung an einen Naturarzt wenden, um beweisen zu können, daß auch diese Krankheit auf naturgemäße Weise geheilt werden könne. Reicher Beifall lohnte Herrn Dr. Obladen für seinen gediegenen und lehrreichen Vortrag. In der hierauf folgenden Diskussion sprachen noch verschiedene Kollegen und wurde beschlossen, diese Krankheit weiter zu beachten. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wird die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

Jugoskiadt. Am 18. November fand hier eine Mitgliederversammlung der hiesigen Verwaltungsstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes statt. Als Referent wurde Kollege Reinhard gewählt. Zum zweiten Punkt, betreffend Errichtung einer Zahlstelle, ergriff zunächst der Vorsitzende das Wort. Er erklärte, daß es hier höchst nothwendig sei, eine Zahlstelle zu errichten; da gerade Jugoskiadt der Mittelpunkt ist und sehr viele Verbandsmitglieder hier durchreisen, so ist es gut, wenn sie wissen, an wen sie sich zu wenden haben. Kollege Schmidt ersucht die Mitglieder, dem Antrage zuzustimmen, welcher auch mit allen gegen eine Stimme angenommen wurde. Unter „Verschiedenes“ hielt Genosse Hensler einen Vortrag über die Gewerkschaftsfrage und legte dar, wie es möglich ist, in kleinen Städten die Kollegen zur Organisation heranzuziehen und einen besseren Besuch der Versammlungen zu erzielen sei. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, die Versammlungen recht zahlreich zu besuchen.

Zur Berichtigung. In dem Bericht in Nr. 20 muß es statt Hompl. Hensler heißen.

Verband deutscher Korbmacher.

Kollegen!

Es ist von den Dresdener Mitgliedern seinerzeit ein Antrag auf Anschluß an den Holzarbeiterverband angenommen, welcher lautet, daß wir uns zu Neujahr 1894 schon anschließen

möchten. Es ist in dieser Sache vom Vorstand Notiz genommen und in Nr. 17 des Fachblattes sind die Bevollmächtigten ersucht, zu der Sache Stellung zu nehmen, und bis zum 15. November das Resultat dem Vorstande mitzutheilen. Es sind bis zur Zeit nur sieben Resultate eingegangen. Dresden, Coburg, Harburg, Mühlberg und Bremen sind für den Anschluß zu Neujahr 1894. Hamburg, Altona, Brandenburg und Bernburg wollen den Beschluß über den Anschluß der nächsten Generalversammlung vorbehalten wissen. Berechnet man die Mitgliederzahl der letzteren, so kann man den Antrag als abgelehnt betrachten. In den verschiedenen Versammlungsberichten ist etlichen Zahlstellen jetzt der Beitrag von 15 A nicht zu hoch, dabei war aber gerade eine Zahlstelle, welche sich vor nicht langer Zeit auf einen ganz anderen Standpunkt stellte, und das nicht bezahlen wollte, was ihre moralische Pflicht war, und heute diesen Beitrag für nur scheinbar hoch hält. Auch wir halten den Beitrag nicht für zu hoch, denn je höher der Beitrag, desto leistungsfähiger ist ein Verband; und würden wir auch Extra-Beiträge erheben, wie so viele Vereine, dann würden wir auch mehr leisten können und wären nicht so unzulänglich, wie schon so oft bewiesen worden ist.

Der Vorstand.

J. A.: D. Döbling, Vorsitzender.
Seilerstr. 47/4, part.

Korrespondenzen.

Friedrichsfelde bei Berlin. Am 20. November fand unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abstimmung über Anschluß an den Holzarbeiterverband. 2. Verschiedenes und Fragelasten. Zum ersten Punkt waren sämtliche Kollegen gegen den Holzarbeiterverband, indem sie hervorhoben, daß sich dann noch weniger Kollegen beteiligen würden als bisher, da die Beiträge zu hoch seien gegen unseren Verdienst. Da zum „Verschiedenes“ und Fragelasten weiter nichts Wichtiges vorlag, wurde die Versammlung um 10 Uhr geschlossen.

Zeitz. Vor kurzer Zeit fand unsere Mitgliederversammlung mit folgender Tagesordnung statt: Auflösung unserer Zahlstelle und Anschluß an den Holzarbeiterverband. Der Vorsitzende, sowie sämtliche anwesende Mitglieder sprachen sich zu Gunsten der Tagesordnung aus und wird nach längerer Diskussion folgender Beschluß: „Die Filiale des Verbandes deutscher Korbmacher am 31. Dezember 1893 aufzulösen und am 1. Januar 1894 dem Verbands der Holzarbeiter beizutreten“, einstimmig angenommen. (Der Holzarbeiterverband ist nicht gewillt, bestehende Berufszentralisationen zu sprengen, der Vorstand des ersteren wird es deshalb ablehnen, seine Hand zur Ausführung des Beschlusses der Zahlstelle Zeitz zu bieten. D. R.) Der Vorsitzende forderte die Mitglieder noch einmal auf, doch wenigstens mit der Zahl, die heute anwesend ist, dem Holzarbeiterverband beizutreten und legte es noch einmal den Mitgliedern an's Herz, fleißig zu agitiren, um recht viel Mitglieder für unsere Organisation zu gewinnen, damit den Lohnabgaben, die jetzt gar kein Ende nehmen, endlich einmal Halt geboten werden kann. Hierauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Dresden. In der am 19. November hier stattgefundenen öffentlichen Versammlung der Korbmacher referirte zum ersten Punkt der Tagesordnung Genosse Lehner über „Christentum und Sozialismus“. Daß dasselbe ein gut gewähltes Thema war, bewies der allgemeine Beifall, welcher dem 1 1/2 stündigen Vortrag folgte, sowie die sehr rege Debatte. Zum dritten Punkt wurde, da die Regelung der Agitation für Sachsen von Dresden aus geschehen soll, auf Antrag des Kollegen Paul eine Agitationskommission von fünf Mitgliedern gewählt. Eine allgemeine Mitgliedsliste rief der Bericht aus Hamburg in Nr. 21 der Fachzeitung hervor, indem da gelagt wird, die Hamburger Kollegen würden, im Falle einer Anschließung an den Holzarbeiter-Verband, wieder zur Lokalvereinigung zurückkehren; es sei dies recht kränzlich und der beste Beweis, wie oberflächlich diese Frage von den Hamburger Kollegen bisher behandelt wurde. Die Gründe, welche angeführt, seien ja schon zur Genüge widerlegt; nur sei noch angeführt, daß der höhere Beitrag nur ein scheinbarer ist, indem die Fachzeitung dann jedem Kollegen zur unbeschränkten Verfügung steht, es bedürfe ja nur einer Unterzückung, wie viel Korbmacher dieselbe jetzt lesen. Es wird wohl sehr schlimm bestellt sein. Daß unser Verband seiner Auflösung entgegengehe, beweise ja auch jede Abrechnung, die Hälfte der in erster Rubrik angeführten Mitglieder stehe ja nur auf dem Papier. Im ersten Quartal haben nur zirka 60 pSt. und im zweiten Quartal 56 pSt. ihre Beiträge entrichtet. Noch schlimmer steht es in Berlin, wo im ersten Quartal 39,1 pSt. und im zweiten Quartal 40,7 pSt. Beiträge zahlten. Was nützt uns eine große Zahl Mitglieder auf dem Papier, lieber weniger, welche aber fest gewillt sind, für die allgemeinen Arbeiterinteressen einzutreten. Nachdem entspann sich noch eine längere, zum Theil lebhaft debattirte, da einige beim Hofvorhammer Schurig arbeitende Kollegen anwesend waren. Die Streikkommission, welche sich noch nicht aufgelöst hatte, versprach, der Sache nochmals näher zu treten und in Kürze eine Versammlung einzuberufen, welche sich nochmals mit dieser Angelegenheit beschäftigen soll. Die Versammlung am 25. November beschloß, die Sperre über die Schurig'sche und Lukas'sche Werkstätte aufzuheben, da dieselbe ja doch nicht auf Lebensdauer aufrecht erhalten werden kann, und sich ja immer Indifferente finden, welche da arbeiten, wozubringen eher dann Aufgeklärte sein könnten. In der darauf folgenden, sehr lebhaften Debatte, behauptete das frühere Mitglied Nierich, der als Restant mit 25 Beiträgen gestrichen wurde, von der Sperre bei Lukas durchaus nichts gewußt zu haben, wofür die Versammlung allerdings nur ein ungläubiges Schelten hatte, welches dadurch bekräftigt wird, daß von verschiedenen Seiten mit Bestimmtheit das Gegenheil der Behauptungen Nierich's nachgewiesen wurde. Nierich forderte zunächst nach, daß der Ausdruck Streikbrecher zurückgenommen werde, da kein Streit bei Lukas bestanden habe. Letzteres wird bestritten, jedoch den Kollegen Deutschlands anheimgegeben, zu entscheiden, was für ein Unterschied zwischen einem Streikbrecher und einem Kollegen, welcher, ungeachtet der verhängten Sperre, die gerechten Hoffnungen seiner Kollegen durch Aufnahme der Arbeit illusorisch macht und die Kollegen auf die Straße gestellt sieht, zu machen ist.

Eingelandt.

An sämtliche in der Pfalz gelegenen Zahlstellen des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.

Werte Kollegen! Bezüglich der Aufforderungen des Hessen-Rassauer sowie des Badischen Agitationscomitès, die Pfälzer Zahlstellen möchten sich ihnen anschließen, haben sich die hiesigen Kollegen veranlaßt, dieser Frage in der Mitglieder-Versammlung vom 25. November näher zu treten.

Ein Antrag, dahingehend, die Pfälzer Zahlstellen sollten darnach trachten, für die Pfalz allein ein Agitationscomitè zu gründen, fand einstimmige Annahme, und es wurde laut Antrag eine Kommission von fünf Mitgliedern gewählt, welche diese Sache in die Hand nehmen soll.

In ihrer heute stattgehabten Sitzung beschloß die Kommission, Folgendes den Pfälzer Zahlstellen zu unterbreiten:

Die Kommission schlägt vor, in aller Kürze eine Konferenz nach Neustadt a. S. (Wir betrachten Neustadt als Mittelpunkt der Pfalz, deshalb dieser Vorschlag.) einzuberufen, wo sich dann die Zahlstellen durch Delegierte vertreten lassen sollen, um dort ihre Meinung auszutauschen.

Die Kommission schlägt ferner vor, die diesbezügliche Konferenz an einem Sonntag abzuhalten, und richtet auch an die Einzelmitglieder der Orte, wo sich bis jetzt noch keine Zahlstelle befindet, das Ersuchen, zu dieser Frage auch Stellung zu nehmen und — wenn es möglich ist — sich auch auf der Konferenz vertreten zu lassen.

Wir eruchen nun die Zahlstellen der Pfalz, ihre Meinung in Betreff der Konferenz uns mittheilen zu wollen.

Kollegen! An Euch liegt es nun, ob Ihr gewillt seid, den inneren Ausbau der Organisation im engeren Kreise zu fördern, deshalb bitten wir, um Verzögerungen zu vermeiden, Rückschriften oder Anfragen an Kollegen A. Seifried, Fabrikstraße 22, zu richten.

Frauenthal, 26. November 1893.

Mit kollegiallichem Gruß

S. A.: Karl Trautvetter, Schreiner.

Düsseldorf, 19. November.

Ich erachte es für meine Pflicht, in unserem Fachorgan die Lokalverwaltungen einmal darauf aufmerksam zu machen, das Statut genau zu beachten. Namentlich den Paragraph 9 des Statuts, denn ich habe im Laufe der letzten Zeit vielfach gefunden, daß Mitglieder der Lokalverwaltungen mit dem Statut noch wenig vertraut sind. Es heißt in dem § 9 ausdrücklich, kein Mitglied erhält bei der Abreise Reisegeld, wenn es mit seinen Beiträgen regelt; ferner muß es 26 Wochen dem Verbands angehören. Es ist höchst unangenehm für einen auf der Reise befindlichen Kollegen, wenn man ihm sagen muß, daß sein Mitgliedsbuch nicht in Ordnung ist, oder gar keine Unterstüßung zu beanspruchen hat; dieses kann Alles vermieden werden bei gesamer Handhabung des Statuts und des Verhaltens-Reglements der Lokalverwaltung. Ferner ersuche ich den Vorstand, bei etwaigen Gründungen von Zahlstellen dieselben mit genügendem Material versehen zu wollen, damit namentlich kleinere Zahlstellen ihre Pflichten zu erfüllen im Stande sind. (Unseres Wissens hätte es dieser Rahmung nicht bedurft. D. K. e. b.)

Dann möchte ich auch die Mitglieder darauf aufmerksam machen, sich bei der Lokalverwaltung bei etwaiger Abreise abzugeben und das Mitgliedsbuch sauber zu lassen, welches vielfach von den Mitgliedern nicht beachtet wird.

Mit kollegiallichem Gruß

Adam Freudenmacher.

Döbeln, 21. November.

Veranlaßt durch das Eingelandt von Eforzheim in Nr. 21 der Zeitung, mag ich nochmals auf den Bericht des „Zimmerer“, Organ des Verbandes der Zimmerer Deutschlands, zurückkommen, was ich vorerst beachtenswürdig nicht zu thun.

Der Kamerad der Zimmerer wandte sich zu einer Zeit an mich, wo sich die Beschlüsse des halberstädter Kongresses derselben schloß, mir also noch nicht bekannt waren, daß die Zimmerer vorgezogen, sich besonders zu organisieren. Deshalb schrieb ich an Schluß meiner Antwort: „und zwar laut Beschlüssen des halberstädter Kongresses“, dies bezog sich auf das Zusammengehen von Zahlstellenverbänden. Wenn nun im Bericht des „Zimmerer“ gesagt wird: „Einmal wird hier keine große Kenntnis der halberstädter Beschlüsse an den Tag gelegt“, so stimmt das sehr wohl, weil Nicht-Kongressbesucher damals eher noch keine große Kenntnis von den Beschlüssen haben konnten. Wie nun aber der „Zimmerer“ dazu kommt, zu klagen, ich hätte gesagt, daß solche Beschlüsse gar keine Bedeutung hätten, sondern höchst schädlich wären, ist mir unverständlich. Wenn ich gemerkt habe: „Wir können nun aber auch nicht sagen zu uns heranziehen“, so habe ich damit sagen wollen, daß die deutschen Verhältnisse, als da sind, das ist nicht ein Zimmerer im Orte Döbeln selbst wohnt, sondern alle auf den Dörfern der Umgebung als kleine Rathhäuser (eine Art) als ein Nebenkommen verschaffen. Diese Arbeiter, welche sich gegen vier oder fünf Uhr ihren Wohnort verlassen, um sich nach dem Bauplatz in der Stadt zu begeben und wieder gegen acht oder neun Uhr wieder zu Hause sind, können nicht kommen werden sich zu organisieren, ihre kleine Handwerkschäft läßt ihnen auch nicht Zeit dazu. Bei diesen Umständen der Differenz zum zu befechtigen, ist meiner Ansicht nach in erster Linie Aufgabe der politischen Organisationen welche durch die jetzt mit Schwung betriebene Landagitation, stark mit diesen Arbeitern in Verbindung kommen. Allerdings habe ich geglaubt, dem Kameraden der Zimmerer dieses nicht so ausdrücklich auf einer Postkarte auseinanderzusetzen zu müssen, da er doch ähnliche Kreise besucht haben wird. Es ist durchaus falsch, wenn der „Zimmerer“ annimmt, seine Berufslager bei uns hielten sich unterer Holzarbeiterorganisation bedingt fern, weil dies in halberstadt die Zimmerer gethan haben. Die Arbeiter wissen eben nichts von einem Kongress in halberstadt.

Zur Beendigung des Kameraden der Zimmerer theile ich noch mit, daß wir auf allen Zimmerer Döbelns lange Zeit bevor wir zum Ende einer Versammlung verabschiedet wurden, ein Flugblatt vertheilten, in dem zu einer Besichtigung des hiesigen Döbelns zu werden Lokalorganisationen eingeladen wurde. Nicht ein Zimmerer in Döbeln hat jedoch, aus dem oben angeführten Gründen, und deshalb habe ich ausdrücklich, im Zusammenhang mit allen organisierten Kollegen in Döbeln, angegeben, daß Zimmererorganisationen eingeladen, gemäß der

Kamerad der Zimmerer nur speziell vor seinen Berufskollegen sprechen wollte. Wir hatten die Gewißheit, daß auch nicht einer von diesen erscheinen würde und die Versammlung nur von unseren organisierten Kollegen und Genossen besucht gewesen wäre. Im Uebrigen bin ich gern bereit, eine Spezial-Zimmerer-Versammlung einzuberufen und auch kräftig für den Besuch zu agitieren, siehe aber nicht dafür ein, wenn der Kamerad einen leeren Saal vorfindet und das Geld umsonst verstreift. Viele Referenten, welche uns Versammlungen abhielten, können bezeugen, daß dies keine Seltenheiten sind. Ich meine, lassen wir die Zeit und die wirtschaftliche Krise mit arbeiten, diesen Arbeitern die Augen zu öffnen; alle Nachhülfe leisten wir schon, wenn wir ihnen auch nicht gleich einen Zimmererverein gründen können.

H. Sengschel, Brauhausgasse 6, vormaliger Bevollmächtigter der Zahlstelle Döbeln.

Döbeln, 21. November.

Wenn ein Fremder einmal in unsere Zahlstelle zur Zeit einer Versammlung käme, könnte er sich eines Vachlens nicht erwehren. Wenn der Bevollmächtigte sagt: „Ich eröffne die Versammlung“, er würde denken, es soll heißen Versammlung von leeren Plätzen“ oder „der Nichtanwesenden“. Es wurde in letzter Zeit gerichtlich entschieden, daß sieben Personen noch keine Versammlung bilden können, und so kommt der Vorstehende nun in die komische Lage, eine Versammlung zu eröffnen, die oft keine ist. Jedoch hat es seine gute Seite, denn es wird ja Alles einstimmig angenommen oder abgelehnt. Welche Einmütigkeit! Wo trifft man sonst eine solche? Welche individuelle Freiheit, wo 10 oder 15 Personen durch einmütiges „Ja“ oder „Nein“ den anderen 50 das Nichterscheinen erleichtern! Welches Zielbewußtsein aufgeklimmter Arbeiter, freizügig und kühn durch Abwesenheit zu glänzen! Fühlt Ihr die Hungerpreise noch nicht genug, um zum Bewußtsein zu kommen, daß Jeder dafür sorgen muß, neue Kämpfer zu gewinnen oder doch seinen Platz in Versammlungen auszufüllen, um nicht den Fluch der Lächerlichkeit auf uns zu laden oder den Spott unseres Unternehmertums anhören zu müssen. „Ja, es hilft nichts, wir kommen zu keinem Ziel“ usw. — das ist unter solchen Verhältnissen bald zu glauben, wenn wir uns selbst entwaffnen. Da ist freilich nichts zu hoffen, als noch größeres Elend und das zu sehen, wie Frau und Kind körperlich und geistig verelenden und uns selbst nichts bleibt als früher Tod oder nutzlose Alte der jurchbarsten Verzweiflung. Um wieder einmal zusammen zu kommen, wollen wir einen Familienabend abhalten, um doch zu sehen, wie Viele noch wissen, daß sie dem Holzarbeiterverband angehören. Alle Kollegen werden deshalb ersucht, daselbst zu erscheinen. Näheres in der Anzeige. hn.

Gewerkschaftliches und Lohnbewegung.

Der Zentralverein deutscher Former sowie aller in Eisen- und Metallgewerbe beschäftigten Arbeiter hält seine erste ordentliche Generalversammlung am 26. Dezember 1893 in Augsburg im Lokale „Blauer Bod“, Stefansplatz E 147, ab. Anfragen sind zu richten an Th. Schwarz, Lübeck, Alshaide 16.

Arbeitseinstellungen. Die Arbeit eingestellt haben am 23. v. M. sämtliche am Theaterbau in Harburg beschäftigten Maurer. Die Ursache ist die, daß die Maurer in Afford arbeiten sollten und zwar bei einem Affordlohn, bei dem sie nicht einmal den gewöhnlichen Tagelohn verdienen können. Da die Maurer Harburgs schon vor längerer Zeit gegen das Affordsystem überhaupt Stellung genommen haben, so stellten, da der Unternehmer auf das Ersuchen, nur in Lohn arbeiten zu lassen, nicht eingehen wollte, sämtliche 29 am Bau beschäftigte Maurer die Arbeit ein. — Wegen versuchter Lohnabsenkung war schon vorher von einer öffentlichen Maurerverammlung die Sperre über den Bau verhängt.

Eine weitere Arbeitseinstellung hat von Seiten der Maurer bei dem Bau der Zuckerfabrik in Lübz in Mecklenburg stattgefunden. Die Arbeiter bitten, den Zugang fernzuhalten. Wie es den Anschein gewinnt, liegt System in dem Verhalten der Unternehmer. Sie suchen sowohl aus dem allgemeinen Geschäftsniedergang, als wie auch aus dem Wechsel der Jahreszeit erhöhten Profit herauszuschlagen. In der Hoffnung, Erfolg zu finden, gebürden sich die Unternehmer brutal und profig und wagen den Versuch, neu angenommenen Arbeitern noch geringeren Lohn zu bieten als den, um welchen die älteren Arbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Es ist notwendig, daß die Arbeiter aller Berufe in geschlossenen Reihen diesem Treiben ein Ziel setzen.

Die Belegschaft der Glaceleberfabrik des Herrn Sauerader in Magdeburg sind wegen Lohnreduktion in den Ausstand eingetreten. Es sind 25 Belegschaftsmitglieder mit zusammen 52 Kindern und 10 Ledige zu unterstützen. Die Streikenden gehören sämtlich ihrer Gewerkschaft an. Anfragen und Sendungen sind zu richten an Reinhold Bunert, Alte Neustadt, Ottenbergerstraße 13, Restaurant Franke.

Das Arbeiter-Sekretariat zu Amsterdam hat folgenden Beschluß gefaßt:

Das Arbeiter-Sekretariat in den Niederlanden wird ausländische Arbeiter, die Rath oder finanzielle Unterstützung bedürfen an die Gewerkschaften, denen sie angehören, verweisen. Wenn von dem vom betreffenden ausländischen Arbeiter ausgetretenen Falle keine Organisation in den Niederlanden besteht, so wird der Vorstand des Sekretariats beauftragt, solchen Arbeitern jede notwendige Auskunft für das Finden von Arbeit und über Arbeitsverhältnisse zu erteilen.

Finanzielle Unterstützung kann in dem Falle vorläufig nicht gewährt werden. Das Arbeiter-Sekretariat wird sich jedoch an die Gewerkschaften richten mit der Frage, wie dieselben diese Angelegenheit geregelt sehen wollen, soweit es eigene Fachgenossen, als was solche Arbeiter, die Gewerkschaften angehören, von denen in Holland keine Organisation besteht, betrifft.

Als Ein des internationalen Ausstattersbüros für Metallarbeiter, welches eingerichtet auf dem diesjährigen internationalen Metallarbeiterkongress beschlossen wurde, ist von den schweizerischen Sectionen mit großem Mehr einstimmig gewählt und als Generalcomitè die Sectionen Schaffhausen und Zürich bestellt.

Das internationale Schuhmacher-Sekretariat (St. Gallen) hat sich wie folgt constituirt: J. Schaubacher, St. Gallen, G. Koch, Rapperswil, D. Kärtens, Scharthausen, und G. Albert, Bern. Alle Sendungen sind an G. Koch, Bern,

platz 6, alle anderen Sendungen an D. Kärtens, Neumarkt 6, Zürich, zu richten.

Allgemeiner Ausstand der Telegraphisten in ganz Italien. Statt einer Aufbesserung ihrer Lage, wurde den Telegraphisten eine Dienstordnung bescheert, die ihre Lage bedeutend verschlechterte. Die Regierung will nicht nachgeben. Nach Beschluß eines Ministerrathes sind mehrere Jahrgänge Militärtelegraphisten einberufen, welche den Dienst nothdürftig versehen. Die „Anstifter, Aufwiegler und Hezer“ sind sofort entlassen. Die Uebrigen sind aufgefordert, binnen 24 Stunden zum Dienst zurückzukehren. Im Weigerungsfalle behält sich die Regierung weitere Maßregeln vor. Daß sie nicht Alle entlassen kann, darin liegt ihre Schwäche. Die Abschredungstheorie mit der Entlassung der „Mißführer“ versängt nicht mehr. Das „Exempel“ statuirt wird verächt. Als Antwort auf die Maßregelung hat der Ausstand an Ausdehnung zugenommen. Die Auszubereiten haben sich demselben angeschlossen. Statt dem Ausstand zu dämpfen, hat die Regierung mit ihren Maßregeln nur Öl in's Feuer gegossen.

Der Ausstand der englischen Bergarbeiter. Zur Beendigung dieses Niesenstreiks ist noch nachzutragen, daß, wie schon bemerkt, das einzusetzende Schiedsgericht aus 29 Mitgliedern bestehen soll. Aus jeder der beiden Parteien werden 14 genommen, bez. von den Parteien gewählt. Der Vorsitzende wird von den beiden Parteien gemeinschaftlich gewählt. Können sich die Parteien nicht einigen, kommt eine Wahl nicht zu Stande, dann soll der Präsident des Unterhauses die Ernennung vollziehen. Die Bergarbeiter haben einen großen moralischen Sieg erröchten, welcher der Sache der Gewerkschaften außerordentlich förderlich ist. Das Vertrauen in die Kraft der Organisation hat eine wesentliche Stärkung erfahren, so daß es die Grubenbesitzer wohl kaum auf eine zweite Kraftprobe werden antommen lassen. Der Vorsitzende des Schiedsgerichts, welches die vom Februar n. J. an geltenden Lohnsätze vereinbaren soll, hat ein verantwortungsvolles Amt. Er wird mit einem hohen Maß wirtschaftlicher Kenntniß ausgestattet und über dem Niveau kapitalistischer Profitgier erhaben sein müssen. Der Sieg der Arbeiter hat in den Ausstandsgebieten freudige Begeisterung hervorgerufen. In vielen Dörfern wurden die Glocken geläutet. Die Pfaffen suchten insofern aus der Sache Kapital zu schlagen, als sie Dankgottesdienste abhielten, und die Erweichung der Herzen der Reichen der Fügung Gottes zuschrieben.

Ueber die Arbeitslöhne der Arbeiterinnen in Amerika macht die Arbeiterzeitung für Illinois nähere Angaben, welche sich auf die Verhältnisse von 5099 Frauen in 95 Etablissements und in 48 verschiedenen Gewerbebetrieben beziehen, wo dieselben 474 verschiedenen Beschäftigungen oblagen. Die größere Hälfte dieser Frauen, nämlich 53,4 pZt., verdienten nur 4 bis 7 Dollars (1 Dollar = M. 4) pro Woche, d. h. 674 erhielten 4 bis 5, 882 5 bis 6 und 860 6 bis 7 Doll., 680 über 13 pZt. verdienten weniger als 4 und 31,58 pZt. verdienten 7 bis 25 Doll. wöchentlich. Der Durchschnittslohn der in der Offizin und Administration beschäftigten Arbeiterinnen war 9,54, derjenige der eigentlichen Fabrikarbeiterinnen dagegen nur 5,93 Dollars. In den einzelnen Gewerben wurden folgende Durchschnittslöhne gezahlt: In Wäbereien 5,86, Buchbindereien 6,34, Wäbereien 6,57, Mantelfabriken 6,17, Korsettfabrikation 5,09, in den großen Läden 1,75 bis 30 Dollars (der Durchschnitt war nicht zu ermitteln); Kleidermacherinnen 11,48, in kleineren Schnittwaaren-Handlungen 7,21, Handschuhfabriken 6,26, Hotels 7,12, Wäscheereien 6,22, Plättereien 6,78, Buchdruckereien 9,52, Fäbriken 6,30 Dollars. Telephonistinnen erhielten durchschnittlich 7,13 Dollars, Stenographen 12,07 Dollars wöchentlich und Telegraphistinnen 45 Dollars monatlich. Der durchschnittliche Tagelohn einer Fabrikarbeiterin beträgt demnach noch nicht 1 Dollar! — Eine weitere Untersuchung hat das eigentlich ganz selbstverständliche Resultat ergeben, daß 84 pZt. der Arbeiterinnen ausgeben, was sie verdienen. Woher aber auch Ersparnisse machen bei 4 bis 7 Dollars die Woche? meint dazu die „New-Yorker Volks-Zeitung“.

Sammerhin müssen die deutschen Arbeiterinnen mit Reid auf ihre amerikanischen Kolleginnen blicken. Denn wenn diese wenigstens das noch verdienen, was sie ausgeben, so können das die deutschen Arbeiterinnen nicht von sich behaupten. Bewundert muß man sich hier oft fragen, wovon besteht eine Arbeiterin ihre Ausgaben, deren Verdienst von M. 15 im Minimum und M. 50 im Maximum sich pro Monat besizt? Nun, das Leben einer Arbeiterin ist auch darnach. Es ist ein Hundeleben.

Berichts-Chronik.

Wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes hatten sich vor dem Schöffengerichte 13 Vorsitzenden des von der Polizei kürzlich für aufgelöst erklärten sozialdemokratischen Frauen- und Mädchen-Bildungsvereins für Köln und Umgebung zu verantworten. Den Angeklagten, von denen sich vier bei Angabe des Glaubensbekenntnisses als Dissidenten bezeichnen, wurde ein Beschluß gegen § 8 des Vereinsgesetzes vom 11. März 1850 zur Last gelegt; derselbe bestimmt, daß Vereine, welche die Erörterung politischer Gegenstände in Versammlungen bezwecken, keine Frauenpersonen als Mitglieder aufnehmen dürfen. Auch dürfen Frauenpersonen den Versammlungen und Sitzungen solcher politischer Vereine nicht beiwohnen. Die Vernehmung der Zeugen, u. A. mehrerer Polizeikommissare, welche die Versammlungen des Vereins überwacht haben, ergab, daß wiederholt politische Fragen im Verein erörtert worden sind. Das Gericht vernichtete demgemäß die Angeklagten zu je M. 15 Geldbuße und sprach die Schließung des Vereins aus.

Urtheil der Strafkammer des Landgerichts in Frankfurt a. M. Um die Beihandlung war in Seckbach und Haujen von der Ortspolizeibehörde die Vorladung einer Anzahl Einwohner auf das Amt erfolgt, um diese über ihre Personalverhältnisse zu befragen. Es waren, wie sich nachher herausstellte, zufällig (wie der Vertreter der Anklage sagt) lauter Personen, die kurz vorher in den sozialdemokratischen Wahlverein eingetreten waren. Manche erweigereten die Auskunft, andere erklärten aus Furcht vor „Gekerkereien“ ihren Austritt aus dem Verein. Es lag nahe, diese Maßregel in Verbindung zu bringen mit der Vereinsangehörigkeit der Vorgeladenen. In diesem Sinne brachte die „Volksstimme“ im Januar und Februar ein paar Artikel, worin ausgeführt wurde, es habe Niemand nöthig, sich einer solchen Maßregel anzubehalten, da auf Grund des

Bereinsgesetz nur der Vorsteher eines Vereins zur Auskunft über die Persönlichkeit der Vereinsmitglieder verpflichtet sei. Daraufhin wurde eine Klage gegen den Redakteur hoch erhoben wegen Aufreizung zum Ungehorsam (§ 110). Die schon vor einiger Zeit vertagte Angelegenheit wird heute abermals verhandelt. Der Vertreter der Klage, ein Referendarus propandus, der unter den Auspizien des Ersten Staatsanwalts v. Neben plädiert, nimmt die Sache sehr streng und beantragt mit Rücksicht auf die Fortsetzung des Angeklagten drei Monate Gefängnis. Das Gericht nimmt an, daß der Thatbestand nicht zur Verurteilung ausreicht. Weder das Vereinsgesetz noch das Pressegesetz rechtfertigen den in dem Artikel besprochenen Erlaß. Wenn die Polizei aus ihrer Machtvollkommenheit heraus solche Anordnungen trifft, wie diese, so müsse ein Grund dazu ersichtlich sein, der sich auf vorliegende Thatfachen stützt. Das sei aber hier nicht der Fall und daher ein Verstoß unterlaufen. Die Kammer läßt im Uebrigen es dahingestellt, ob die hier in Frage kommende Maßregel als eine „Anordnung“ im Sinne des § 110 des Str.-G.-B. zu betrachten sei, da sie keinen Bezug auf die Allgemeinheit hatte.

Ueber die Urkundeneigenschaft der Stimmzettel hat das Reichsgericht folgende Entscheidung gefällt:

Dem mit dem Namen des zu Wählenden beschriebenen Wahlzettel geht vor seiner Einlegung in die Wahlurne die Urkundeneigenschaft ab; er ist nicht als ein mit diesem Namen beschriebenes Stück Papier, das nur seine Existenz und Beschaffenheit beweist, dem dagegen jede Beweisbestimmung und jede Beweiskraft für eine außerhalb desselben liegende Thatfache fehlt. Dagegen treffen auf den in die Wahlurne eingelegten Wahlzettel alle Voraussetzungen zu, um ihn als eine zum Beweise, und zwar zum Beweise eines Rechtes oder Rechtsverhältnisses erhebliche Privaturkunde zu qualifizieren. Der zum Zwecke der Ausübung des Wahlrechts in die Wahlurne gelegte Wahlzettel beweist, und zwar seiner Bestimmung gemäß, einerseits, daß von einer bei der konkreten Wahl als Wähler betheiligten Person die Erklärung, daß sie ihre Stimme dem Träger des auf den Zettel geschriebenen Namens gebe, abgegeben worden sei, andererseits die außerhalb dieser Erklärung liegende, eine der Grundlagen des schließlichen Wahlergebnisses bildende Thatfache, daß bei der in Frage stehenden Wahl auf die betreffende Person eine Wahlstimme gefallen sei. Daß der Gegenstand, um dessen Eigenschaft als Urkunde es sich handelt, für sich allein und vollständig den Beweis einer solchen Thatfache liefert, ist zum Begriffe der Urkunde und besonders ihrer Beweisheftigkeit nicht erforderlich; es genügt, daß er zu diesem Beweise mitwirke, und das Erforderniß solcher Mitwirkung wird hier durch die Thatfache erfüllt, daß der Wahlzettel in der Wahlurne sich befindet, wodurch dessen Beziehung zu der in Rede stehenden Wahl und seine Beweiskraft für deren Ergebnis hergestellt wird. Gleichgültig ist, daß aus ihm der Name des Ausstellers nicht erkennbar wird.

Demnach würde ein Stimmzettel, der noch nicht in die Wahlurne gelegt ist, noch nicht den Charakter einer öffentlichen Urkunde haben! Wie aber, wenn ein Wahlvorsteher den Stimmzettel unterschlägt oder mit einem andern vertauscht, bevor der abgegebene Stimmzettel in die Wahlurne gelangt? Da der Wählende seinen Stimmzettel nicht selbst in die Wahlurne legen darf, sondern ihn dem Wahlvorsteher übergeben muß, beginnt doch die Urkundeneigenschaft des Stimmzettels in dem Augenblick, in welchem der Wähler dem Wahlvorsteher den Stimmzettel übergibt! Die Entscheidung des Reichsgerichts läßt in der vorliegenden Fassung etwaigen Betrügereien von Wahlvorstehern — und dergleichen kommt ja leider vor — noch großen Spielraum!

Bunte Reihe.

Eine neue Schiffform der deutschen Handelsflotte. Die beiden neuen Doppelchraubendampfer der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft, die auf der Werft von Harland & Wolff in Belfast erbaut werden, sollen im Januar 1894 bereits vom Stapel laufen und dabei auf die Namen Prussia und Persia getauft werden. Es sind bekanntlich Schiffe etwa von der Größe der Augusta Viktoria, die sowohl für Passagierbeförderung, wie zum Transport von lebendem Vieh oder gefrorenem Fleisch auf Eis aus Amerika eingerichtet werden sollen. Ihre Schnelligkeit wird, bei außerordentlich geringem Kohlenverbrauch infolge besonders konstruierter Maschinen, 15 Knoten in der Stunde erreichen, also die aller übrigen Dampfer in der amerikanischen Fahrt, außer den Schnelldampfern, übersteigen. Die Packetfahrt-Gesellschaft führt mit diesen Dampfern, von denen im Ganzen vier, und zwar außer den oben genannten noch einer bei Blohm & Bosh und einer beim Vulcan in Stettin bestellt sind, eine ganz neue Klasse von Schiffen in die deutsche Handelsmarine ein, deren Bau bisher eine Spezialität der Werft von Harland & Wolff war. Die deutschen Werften werden also Gelegenheit haben, wieder einmal ihre Leistungsfähigkeit auf einem ganz neuen Gebiet im Wettbewerb mit den englischen Erbauern zu erproben. Die Schiffe haben infolgedessen ein allgemeines Interesse, als sie die Möglichkeit eröffnen, in großem Maßstab billig Fleisch einzuführen. In England wird schon seit einiger Zeit dieser neue Zweig des internationalen Austausches im Großen gepflegt und für Deutschland darf man wohl nicht minder Erfolg erwarten.

Nache eines Kaufmanns. Ein origineller Streit zwischen einem Antwerpener Bankgeschäft und einer Importfirma befaßt sich augenblicklich im höchsten Grade Diejenigen, welche in das seltsame Verwischeln eingeweiht sind. Vor etwa einem Monate machte die Banque centrale anversoise der Firma L, welche hauptsächlich Getreide importiert, die langwierige Mitteilung, daß sie von nun an Fünftausendstücke nur noch bis zum Betrage von 1000 Franc annehmen werde. Ueber diese Verfügung geriet der etwas hitzige Chef der Firma L, ein Rumäne der Abkunft nach, in heißen Zorn, und klagte dann er zu einem angehenden Advokaten unserer Stadt, um sich dort Bezeichnung und Rath zu holen. Da dieser ihm auseinandersetzte, daß die Verfügung der Bank eine vor dem Gesetze nicht stichhaltige sei, so erwiderte der Chef der Firma L, den Uas der Bank mit der Erklärung, daß er von jetzt ab überhaupt nur noch mit Fünftausendstücken bezahlen werde. Und der erregte Mann hielt Wort. So oft er in der letzten Zeit eine Zahlung an die Bank zu leisten hatte, ließ er bei den übrigen Bankiers alle Fünftausendstücke zusammenfassen, und hiermit wurde dann die Erpore bestrahlt. Noch in der letzten Woche bezahlte er auf diese Weise eine Summe von Francs 60 000, zu deren Transport ein eigener Wagen herbeigeholt wurde und an der

zwei Kassier der Bank eine sehr lange Zeit zu zählen hatten. Der Chef des Hauses L. jubiliert und legt eine teuflische Freude ob seines Vorgehens an den Tag; auf der Bank ist man dagegen während und sucht nach einem Mittel, um eine Beendigung des Streites vor dem Gerichte herbeizuführen.

Wini Teufel! In Paris ist vor kurzem eine reiche Gräfin gestorben, welche fünf Millionen Francs demjenigen testierte, der sich herbeilassen wollte, ihr durch ein volles Jahr Gesellschaft im Grabe zu leisten. Wie nun italienische Blätter melden, hat sich in Ceara ein junger Mann gefunden, der ein volles Jahr an der Seite dieser Dame im Grabe weilen will. Solche blödsinnige Bestimmungen sind unserer herrlichen Gesellschaftsordnung ganz würdig.

Technisches.

Zur Herstellung kleiner, dünner Bretterchen, wie z. B. der Theile von Zigarrenstiften, benutzt man bekanntlich Kreisbögen, welche die schwachen Bretter vom Stamme abschneiden. Diese Methode hat den Uebelstand, daß die geschnittenen Bretter stets noch den segmentartigen Schnitt der Säge erkennen lassen, also nie glatt sind und noch nachgehobelt werden müssen. Dies will Hoare zu Bourne mouth auf die Weise vermeiden, daß er die Säge der Säge abwechselnd den einen Zahn schneidend, den nächsten aber an der Spitze abgerundet gestaltet; diese letzteren Zähne haben feillich geschraubte Schneiden, welche schabend wirken und den Schnitt glätten. (Mitgetheilt vom Patent- und technischen Bureau von Richard Lüders in Götting.)

Das Weichpoliren des Nußbaumholzes geschieht am besten dadurch, daß man die Arbeit mit Glaspapier ein wenig abschleift und dann mit dünner Politur und Weizenstärke trinkt. Hierauf schleift man sie nochmals ab, um sodann mit Talg und Bimsstein nachzuschleifen. Nach diesen Vorbereitungen kann das Poliren mittelst weißer Politur erfolgen; damit die Arbeit aber ganz weiß werde, muß man etwas feines Birkweiß in den Politurbausch mischen.

Verfälschungen des Leimes und deren Ermittlung. Eigentliche Verfälschungen des Leimes — das heißt Zusätze, welche absichtlich zu dem Zwecke gemacht wurden, um das Produkt billiger herzustellen und theurer zu verkaufen — kommen beim gewöhnlichen Leime schon aus dem Grunde nicht vor, weil das Produkt an und für sich schon billig ist, höchstens, daß bei ganz geringwertigen Sorten ein gewisses Quantum erdiger Stoffe dem Leime beigemischt wird, um das Gewicht desselben zu erhöhen. — Bei feinen Leimsorten sind derlei Zusätze von vornherein ausgeschlossen, indem durch alle Zusätze die wichtigen Eigenschaften der hellen Farbe und Klarheit beeinträchtigt werden. Wenn man daher Zusätze macht, so geschieht dies meist aus dem Grunde, um die Farbe eines im Uebri gen ausgefallenen, das heißt trüben Leimes zu verdecken, oder um seine Farbe etwas zu ändern. Ganz besonders sind es jene Sorten von Leim, welche im Handel unter dem allgemeinen Namen „russischer Leim“ vorkommen, welchen zu Farbzwecken absichtlich Zusätze von Bleiweiß gemacht wurden, um ihnen die weiße Farbe zu ertheilen. Wenn man Leim einäscht, findet man immer eine ansehnliche Menge von erdigen Bestandtheilen in demselben, namentlich in Knochenleim, aus welchem die phosphorsauren Salze nicht vollständig entfernt wurden, und kann die Menge dieser Stoffe, ohne daß der Leim gefälscht ist, bis zu acht Prozent betragen; geht sie darüber hinaus, so ist anzunehmen, daß dem Leim absichtlich ein Zusatz gemacht wurde. Für jene Zwecke, wo die Bindkraft des Leimes in Anspruch genommen wird, sind diese Körper nicht von Nachtheil, wohl aber in jenen Fällen, in welchen der Leim als Appretur Anwendung findet, und sind es da namentlich die Bleisalze, welche sehr nachtheilig wirken können, indem sie die Eigenschaft haben, sich an Luft, welche Schwefelwasserstoff enthält, zu schwärzen, und hierdurch die Farbe des appretirten Gegenstandes beeinflusst wird.

Literarisches.

Sozialpolitisches Centralblatt. (Herausgegeben von Dr. Heinrich Braun, Karl Heymann's Verlag, Berlin W, Mauertstr. 44.) Jeden Montag erscheint eine Nummer. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postämter. Preis vierteljährlich M. 2,50. Einzelnummern 20 & Erschienen ist Nr. 9, 3. Jahrgang.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, J. F. W. Dieß' Verlag) ist soeben das 8. Heft des 12. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor:

Ein Typus. — Der Hiesigenausstand im englischen Kohlen-gewerbe. Seine Ursachen, sein Streikverhältniß und seine Begleiterscheinungen. Von Ed. Bernstein. (Fortsetzung.) — Das Silber in den Vereinigten Staaten. — Der Bimetallismus und die Arbeiter. — Chicagoer Verkaufszettel-Gesetze. Von Adolf Heyner (St. Louis). IV. — Ein Traumstück von F. Meiring. — Aus einem Lande der ursprünglichen Akkumulation. — Literarische Rundschau. — Notizen: Ueber die Schaffung und Vermehrung eines landwirthschaftlichen Proletariats. — Feuilleton: Al-Darabaa. Skizze aus dem sibirischen Leben von Wladimir Korolenko. Deutsch von Norbert Hoffmann. (Fortsetzung.)

Briefkasten der Redaktion.

Holz, E. F. Gewiß machen Sie sich freudig, wenn Sie das militärische Alter erreicht haben und sich der Aushebung entziehen. Dabei ist es gleichgültig, ob Sie die Absicht haben, sich nächsten Jahr zu stellen. Die österreichischen Strafbemühungen sind uns unbekannt. In Deutschland wird das Vergehen mit Geldstrafe von M. 150 bis 3000 oder mit Gefängniß von einem Monat bis zu einem Jahre bestraft.

Bockenheim, G. Fr. O. Ein Lehrbuch, woraus und durch welches die Selbstergiehung und Ausbildung von Zeitsammlungsleitern, Kassirern und Schriftführern, sowie die Anfertigung schriftlicher Arbeiten, Artikel etc., zu erlernen ist. Können wir Ihnen nicht bezeichnen. Für die ersten beiden Funktionen geben die Verwaltungsverordnungen und Schemata des Verbandes die Unterlage, auf der jeder halbwegs nicht auf dem Kopf gestallene Kollege binnen kurzer Zeit sich die zu dem Amte erforderliche Gewandtheit aneignen kann. Gute Protokolle zu schreiben, dazu gehört gutes Auffassungsvermögen und Uebung. So werden vorhanden ist, gepaart mit einer größeren Summe von Kenntnissen, wird dem Betreffenden das Schreiben von Artikeln keine große Mühe machen. Treffen die Voraussetzungen nicht zu, so wird die Ausübung der Absicht Jollterqualen bereiten.

Briefkasten der Expedition.

Weikensee, Bahnhalle. Die drei Inserate kosten M. 1,20. **Zwiefalt, Th. W.** Bismarckstraße 10, II. **Seringswalde, W. G.** 90 & für dreimal. **Selle, A. W. M.** 1.

Mitona, W. S. Besten Dank für die zugesandten Exemplare. Gruß!

Coburg, G. S. Steigen Sie bei der dortigen Verwaltung nur gehörig auf's Dach, damit die Abrechnung eingesandt wird. Fünf Exemplare pro Quartal für je 60 & können wir Ihnen nicht liefern. Wenn Sie extra Zusendung verlangen, müssen wir 90 & pro Exemplar berechnen.

Gutin, J. S. 1. Wenden Sie sich an Jean Holze, Hamburg, Gr. Drehbahn. 2. Gewöhnlich alle zwei Monate.

Wurzen, A. G. Der Brief war verlegt; wie Sie sehen, ist das Inserat in dieser Nummer enthalten.

Wiskau, F. P. Sämtliche Inserate müssen bezahlt werden. Es steht auch am Kopfe der Anzeigen.

Central-Kranken- und Sterbe-Kasse der Tischler und anderer gewerblicher Arbeiter. (E. S. in Hamburg.)

Bekanntmachung des Vorstandes.

Diejenigen Ortsverwaltungen, welche bisher die Vertragsformulare oder die ausgefertigten Verträge für die Apotheker noch nicht eingesandt haben, werden aufgefordert, die Einsendung umgehend zu bewirken, ganz einerlei, ob ausgefüllt, unterschrieben oder nicht. Auf alle Fälle werde man uns aber mittheilen, welche Günde die Apotheker veranlassen, die Verträge nicht zu unterschreiben, da solches zu wissen, von größter Wichtigkeit ist. In nächster Zeit werden den Verwaltungen die Rechnungsformulare für die Apotheker wie auch der Auszug für „Handverkaufsartikel nebst Preisen, aus der Broschüre „Arzneiverkehr für Krankenkassen“, zur Abgabe an die Apotheker zugehen.

Der Vorstand, J. A. G. Blume.

Bekanntmachungen des Hauptkassiers.

Ueberschüsse sandten ein vom 13. bis 25. November: Frankfurt a. M. M. 800, Kiel 800, Bremen 700, Köln II 550, Berlin C 400, Berlin II 400, Nürnberg 400, Rathenow 400, Danpertheim 300, Lindenu 300, Plogwitz 300, Breslau 200, Kleinlochher 200, Lobeda 200, Rieneburg 200, Mühlheim a. D. 200, Potsdam 200, Kronberg 150, Erlangen 150, Siebichheim 150, Hildesheim 150, Leipzig II 150, Feuerbach 100, Frankenthal 100, Gonsenheim 100, Gräfenroda 100, Hagedt 100, Lambrecht 100, Langendiebach 100, Ralsch 100, Paunsdorf 100, Rheingönheim 100, Schwelm 100, Ballendar 100, Wilsen 100, Reulendra 100, Saarden 90, Nieder-Böllstadt 90, Bösnitz 80, Rüppur 80, Solingen 80, Sonneberg 80, Geisenheim 70, Trotha 60, Buchheim 50, Heidesheim 50, Hanelingen 50, Großenluder 40. Summa M. 9520.

Zuschüsse erhielten vom 13. bis 25. November: Ulm M. 300, Gutsrich 200, Gevelsberg 200, Förde 200, Mühlheim 200, Heidesheim 150, Frankfurt a. D. 150, Würzig 150, Ballstadt 200, Seltenkirchen 200, Jena 150, Lägerdorf 160, Schwartau 100, Rudolfsbad 100, Aue 100, Osterwieck 100, Olesloe 100, Nied 100, Waldheim 100, Hanjen 100, Reuhofen 100, Feudenheim 150, Schaala 100, Kohnheim 100, Bunzlau 100, Reutlingen 100, Grünpetersbach 100, Weiskofen 100, Wolfsgang 100, Wenigenjena 100, Odristel 100, Ründen 100, Debschwitz 80, Ludenau 75, Kreischau 75, Friedrichsfelde 75, Fuhgünheim 75, Wehringhausen 72, Dettingen 60, Dellbrück 60, Jangenberg 50, Bdrh 60, Stadtilm 50, Siebenlehn 60, Kelferbach 50, Pöfen 50, Fisleben 50. Summa M. 6172. Krankengeld (inkl. Arzt und Arznei) wurde an Einzelmitglieder durch die Hauptkasse gezahlt M. 1365,73.

Invalidentfonds.

Auch in diesem Jahre beabsichtigt der Vorstand zu Weihnachten den Invaliden unserer Krankenkasse — d. h. denjenigen Mitgliedern derselben, welche das volle ihnen laut den Bestimmungen unserer Statuts zugehende Krankengeld bereits erhalten, also von der Krankenkasse keine Unterstützung mehr beziehen — eine kleine Freude zu bereiten. Wir ersuchen deshalb die Ortsverwaltungen derjenigen Verwaltungen, in welchen sich solche Mitglieder befinden, uns bis spätestens den 12. Dezember ein auf Unterstützung gerichtetes Gesuch zu übersenden.

Unterstützt werden auch in diesem Falle nur solche Mitglieder, welche

1. kein Krankengeld mehr erhalten und noch arbeitsunfähig sind;
2. keine Unterstützung der Unfallversicherung oder aus einer anderen Penionatskasse erhalten;
3. sich infolge der über die stamienmäßige Zeit dauernden Krankheit resp. Arbeitsunfähigkeit in nothleidenden Verhältnissen befinden.

Das Unterstützungsge such muß von mindestens drei Mitgliedern der Ortsverwaltung unterzeichnet sein. Auch müssen Name, Buchnummer und die Adresse des Mitgliedes genau angegeben werden.

E. Jacobs, Hauptkassier.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der deutschen Drechsler und deren Berufsgenossen. (E. S. 86, Hamburg.)

Im Oktober sandten Ueberschüsse ein: Lübeck M. 100, Linden 50, Barmen 80, Mitona 80, Altenburg 100, Großen 100, Dörsch 100, Hamburg I 100, Stuttgart 40, Hamburg II 150, Hamburg III 100, Nordorf 34,36.

Zuschüsse erhielten: Leipzig M. 75, Järlth 170, Garburg 100, Hannover 300, Kaiserlautern 20, Köln 50.

Bis zum 28. November sandten Ueberschüsse: Berlin B M. 200, Hamburg II 150, Berlin C 200, Hamburg I 150.

Zuschüsse erhielten: Kaiserlautern M. 50, Magdeburg 75, Barmen 80, Leipzig 60, Breslau 200, Järlth 160, Hamburg IV 50, Wald 100, Linden 50.

Jal. Rahmann, Hauptkassier.

Veranstaltungs-Anzeiger.

(Unter dieser Rubrik kostet jede Zeile 10 Pfg.)

Altona. Am 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr. Tagesordnung: 1. Wahl des Kolporteurs der „Holzarbeiter-Zeitung“. 2. Die Aufnahme der diesjährigen Berufsstatistik. 3. Fragelasten. 4. Verschiedenes.

NB. Diejenigen, welche geneigt sind, die Kolportage vom 1. Januar ab zu übernehmen, wollen sich persönlich am Sonntag, den 3. Dezember, Abends 7 Uhr, im Vereinslokal, Nordstr. 37 bei F. Ebler, einfinden.

Dresden. Öffentliche Versammlung aller Holzarbeiter von Dresden und Umgegend am Dienstag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, im großen Saale des „Trionon“. Tagesordnung: 1. Vierteljahrs-Bericht der Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. 2. Bericht der Vertrauensmänner und Wahl derselben. 3. Wahl einer Kommission zur Aufnahme einer Berufsstatistik. 4. Besprechung über die bevorstehende Gewerbeberichtsbeurteilung. 5. Gewerkschaftliches. Zahlreichen Besuch erwartet.

Silberberg. Sonnabend, den 9. Dezember: Mitgliederversammlung. — Sonntag, den 10. Dezember: Öffentliche Gewerkschaftsversammlung. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht.

Hamburg. Dienstag, den 5. Dezember, Abends 8 1/2 Uhr, bei Wöhlde, Valentinskamp (kleiner Saal). Tagesordnung: 1. Der deutsche Bauernkrieg. Referent: Kollege H. Käth. 2. Bericht vom Gewerkschafts-Lokal. Die Lokalverwaltung.

Wandsbeck. Am Dienstag, den 5. Dezember, Abends 8 Uhr, bei Dönsch, Sternstraße 27. Tagesordnung: 1. Innungsmeisterliche Wünsche und Anträge. Referent: Kollege A. Köstke. 2. Unterstützen wir die während der Feiertage zureisenden Kollegen? 3. Verschiedenes.

Weissenhof b. Berlin. Sonnabend, den 2. Dezember, bei Herrn Klebs, Charlottenburger und Köhlstrassen-Ecke. Die Ortsverwaltung.

Anzeigen.

Anzeigen, welche in die laufende Nummer aufgenommen werden sollen, müssen spätestens Dienstag Vormittags in unserer Hände sein.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Bremsehafen. Berichtslokal und Arbeitsnachweis befindet sich „Centralherberge“ bei Frau Bauer, Ren-Deppensände, Ludwigstr.

Seringsholde. Der Arbeitsnachweis für Drechsler befindet sich bei Otto Tischer, dortselbst.

Ludwigshurg. Bevollmächtigter Gottlieb Schmidt, Schrauer, Seebühlstr. 52. Derlei Jahrt Reisenerk. Abends von 7—8 Uhr.

Ren-Huppen. Die Adresse des Bevollm. ist Friedrich Knieckert, Sayarstr. 8, 1 Tr. Tagelohn wird Reisenerkennung ausbezahlt: Mittags von 12 1/2—1 Uhr und Abends von 7 1/2—8 1/2 Uhr.

Stralitz. Den reisenden Kollegen zur Nachricht, daß sich unsere Herberge jetzt Gr. Zapfen 14, Central-Herberge, befindet und ersuchen wir die Kollegen, nur dort zu verkehren. Die Ortsverwaltung.

Witten i. E. Bevollm. Otto Zimmermann, Buchstr. 203; Referent Fried. Wendel, Hauptstr. 192, II. Tagelohn auch Anzeigung der Reisenerkennung.

Aufforderung.

Der Tischmacher Georg Hammer, Buchstr. 6477, geboren zu Nürnberg, wird aufgeführt, seinen Verbindlichkeiten mitunter Kaffee gegengüber sofort nachzukommen, oder mit anderen auf anderem Wege gegen ihn vorgehen. Die Zahlstelle, wo sich Hammer befindet, bitten wir um sofortige Zahlung seiner Abrechnung. Zahlstelle Schmidt u. S.

Vorsicht.

Der Schuhmacher Otto Schabert und Wittmann i. S. hat beim hiesigen Richter unter dem Vorzeichen, er habe den Buch in Kirchen-Lagen haben, Haftensverpflichtung zu übernehmen. Zahlstelle Schmidt u. S.

Zwei Nordmänner-Gesellen haben dauernde Beschäftigung auf Stanzarbeit bei H. Rübner, Deubau bei Bergen i. E.

Gesucht.

Ein tüchtiger Tischmacher auf grüne Arbeit bei hohem Lohn. Hohe Familien. Louis Hinzmann, Tischmacher.

Gesucht.

wird zum 1. Dezember in eine gangbare Bau- und Möbelfabrik ein tücht., zuverläss., unerb., evg. Werkführer, der selbstständig arbeiten kann. Reflektanten wollen ihre Ansprüche nebst Verhältnissen mittheilen unter Chiffre A. B. 200 an die Exped. d. Bl.

An die Mitglieder

des früheren Deutschen Tischlerverbandes, Zahlstelle Hamburg,

die Mittheilung, daß der frühere Nebakter der „Neuen Tischler-Zeitung“, Richard Müller, die seinem Antrage gemäß auf Grund statutarischer Bestimmungen bezüglich Rechtsschutzes bewilligte und im Juli 1892 ausbezahlte Summe von M. 113 zur Begleichung von Projektkosten bis heute zu bejagtem Zweck nicht verwendet hat; vielmehr die Annahme, daß selbiger dieses von obigem Verband zu einem bestimmten Zweck erhaltene Geld anderweitig verwendet habe, berechtigt erscheint, wenn man in Betracht zieht, daß alle Versuche unererseits um Regelung dieser Angelegenheit an der, wie es scheint, grundsätzlichen Ausrede des Müller, immer „keine Zeit zu haben“, scheiterten. Die Beauftragten.

Als

Weihnachtsgeschenk für Tischlerlehrlinge eignet sich ganz vorzüglich

„Der praktische Tischler“.

Ein lehrreiches Handbuch, welches noch weit über die Lehrzeit hinaus wirkt und dem Lehrmeister ein bleibendes Andenken bewahrt.

Preis M. 1,85 bei Frankozusendung.

Zu beziehen von G. W. Ludwig's Verlag in Göttingen i. Th. und durch die Expedition dieses Blattes.

Mein Zeichen-Bureau

für Bau- und Möbelfabrikerei liefert:

- I. Entwürfe und Details in Blei (Handarbeit) nach eingehenden Maßen und beliebiger Angabe.
- II. 1 Vorlagewerk, praktische Entwürfe für die Bautischlerei. 30 Tafeln in neuer 3. Auflage. M. 12.
- III. 1 Vorlagewerk, praktische und einfache Entwürfe für die Möbelfabrikerei. 4. neue Auflage, 32 Tafeln. M. 10.

Gewissenhafte und durchaus praktische Kalkulations-Auszüge, sowie eine Anleitung, wie Tischlerarbeiten überhaupt kalkuliert werden muß, wird jedem Werke beigelegt.

Ernst Rettelbusch,

i. J. prakt. Tischler, Zeichner und Werkführer, technisches Bureau für Tischlerarbeiten, Nürnberg, Wielandstraße Nr. 17.

Genossen!

Kauft nur den Steinigt Solidität von Jean Blois, Stein bei Nürnberg.

Wibrow & Schmidt, Altona, Gr. Bergstr. 54.

Ausländ. Hölzer und Journiere.

Auf Verlangen Einspr.

Hobelbänke

in sauberer, trockener Waare empfiehlt mit Schabstücken und geschmiedeten Bandhaken.

Blatt von 1 cm 155 170 190 200 230 3" hoch, M. 31 33 35 37 39

Schraubstöcke u. Schraubzwinger, Hermann Bergs, Liegnitz i. Schl.

Versand gegen Kasse und Nachnahme.

Kehlleisten

in allen Holzarten

liefert in sauberster Ausführung zu billigen Preisen die

Holzbearbeitungs- u. Kehlleistenfabrik Gundlach & Asmussen, Altona, Bismarckstr. 24.

Rothes u. braunes Möbelwachs

liefert in vorzüglicher Qualität per Füll M. 3. Bei Kaufnahme von 3 Füll Frankozusendung. H. S. Lehmer, Sulzbach bei Saarbrücken Nr. 112 a.

Nur durch die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“ zu beziehen.

Soeben erschienen:

Entwürfe einfacher Zimmereinrichtungen

Entworfen und gezeichnet von Herrn Otto Winkelmüller, Lehrer an der Kunst- und Handwerkerschule in Hannover.

Preis 4 Mark.

Das Werk enthält auf 16 Tafeln (Folio 30 : 42 cm) 6 komplette Zimmereinrichtungen und zwar: 1 Wohn-, 1 Speise-, 1 Schlafzimmer-, 1 Küchen-, 1 Laden- und 1 Wirtschaftseinrichtung, und zwar enthält

- Tafel 1: Kaminofenrand und Kinderstuhlbank.
- Tafel 2: Schreibröhre, Bücherbord und Uhrgehäuse.
- Tafel 3: Sopha und Spiegel.
- Tafel 4: Ausziehtisch, Lehnstuhl, Nähtisch und Stuhl.
- Tafel 5: Kleiderschrank und Puff.
- Tafel 6: Verticille, Stuhl, Puff und Handwäscher.
- Tafel 7: Waschtisch mit Spiegel, Nachtschrank, Schirm- u. Kleiderständer.
- Tafel 8: Küchenschrank, Stuhl, Wasserbauk.
- Tafel 9: Küchentisch, Aufwäschrack und Tellerbord.
- Tafel 10: Buffet.
- Tafel 11: Kreuz-, Konfessionstisch u. Stuhl.
- Tafel 12: Ladeneinrichtung für einen Bäckerladen.
- Tafel 13: Schaufenstervorhang, 2 Ladentische mit Gekörntchen und Pult.
- Tafel 14: Wirtschaftstisch, Schirm- und Kleiderständer.
- Tafel 15: Wirtschaftsbuffet.
- Tafel 16: Wirtschaftstische und Stuhl.

Sämmtliche Möbel sind nach gleichem Maßstab, welcher auf jeder Tafel angegeben ist, gezeichnet; ebenso sind bei jedem Möbel Grund und Höhenlinie, soweit notwendig, enthalten. Außerdem sind genaue Details auf 6 Bogen (Größe 100 : 70 cm) angefertigt, die den Werth des Werkes ganz bedeutend erhöhen.

Zahlstellen erhalten auf Wunsch ein Ansichtsexemplar zugesandt; natürlich muß dasselbe, falls es nicht gekauft wird, in sauberem Zustande zurückgeschickt werden.

Der Versand geschieht nur gegen vorherige Einzahlung des Betrages von M. 4,40 (einschließlich Porto und Verpackung); oder per Nachnahme, Porto und Nachnahmegebühren zu Lasten des Empfängers.

Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Ansbewahrungsmappen mit Stenbklappen zu dem Werke sind zum Preise von M. 1 ebenfalls durch uns zu beziehen.

Die Expedition der „Holzarbeiter-Zeitung“.

Paul Horn, Hamburg

Fabrik chemischer Produkte.

Comptoir: Hamburg, Admiralitätstrasse No. 23.

Fabrik: Wandsbeck, Zollstrasse No. 39.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
- Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
- Paul Horn's wasserechte Seizen in allen Holzfarben, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
- Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und färbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
- Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
- Paul Horn's Schellack-Politur-Extrakte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
- Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
- Paul Horn's Flinseinpapiere sind überall gelobt, da zähe und scharf.
- Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
- Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
- Paul Horn ist „preisgekrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
- Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
- Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechslerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
- Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
- Paul Horn effektuirte im Jahre 1891 6528 Aufträge.
- Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.



Knübertroffen dauerhaft u. billig: Kupferne Leimköpfe, polirt, mit verzinstem Zinnblech, allgemein als praktisch anerkannt, besser wie solche aus anderen Metallen, fabrikt und liefert Jul. Mittelsteinscheid, Dörfelberg. Wiederverkäufer gesucht, hoher Rabatt.

Altman'scher Dampfmotor,

4 Pferd., so gut wie neu, stehender Feldfessel (in diesem Jahre neu angeschafft) mit 6 Pferd. Maschine (sehr gut erhalten) ist billig abzugeben bei

F. Rathe, Berlin O., Andersstr. 64.

Waldemar Augustiny
Rathhausmarkt 20, Altona.
Spezialität:
Tischler-Werkzeuge
Preislisten gratis.
Garantie für solide Arbeit.
Gegründet 1800.

Druck: Hamb. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Kuer & Co. in Hamburg.